



HEINRICH BÖLL STIFTUNG

Politischer Jahresbericht Juli 2003 - Juli 2004, Regionalbüro Ostafrika und Horn von Afrika

Aseghedech Ghirmazion, Büroleiterin

Inhalt:

I. Zusammenfassung	s. 2
II. Länderberichte	
Kenia: Zaudernde Schritte inmitten bedeutsamen Wandels	s. 5
Uganda: An der Schwelle zu politischem Wandel?	s.13
Äthiopien: Hoffnungsträger für das Horn von Afrika?	s.16
Sudan: Friedensabkommen zwischen Nord und Süd, aber Krise in Darfur	s.19
Somalia: Friedensabkommen in Sicht	s.23
III. Ausblick	s.27
IV. Anhänge	
Anhang 1: Übersicht zu Programmschwerpunkten	s.30
Anhang 2: Publikationen und Website des Büros	s.41

Zusammenfassung

Dieser Bericht stellt die politischen Schlüsselereignisse in der Region Ostafrika und am Horn von Afrika im vergangenen Jahr heraus, beginnend im Juli 2003. Er zeigt die länderspezifischen Entwicklungen auf, die sowohl die nationalen Debatten bestimmt, als auch die weltweite Aufmerksamkeit auf sich gezogen haben.

Der friedliche politische Wandel in **Kenia** ist als ein erstes positives Zeichen für die Region bejubelt worden. Durch diese positive Entwicklung konnte Kenia als Ausgangspunkt für Friedensinitiativen im Sudan und in Somalia ausgebaut werden. Innenpolitisch hat der politische Wandel hohe Erwartungen geweckt und die Wachsamkeit der Öffentlichkeit für die Leistungen der Regierung geschärft.

Aus einer Protesthaltung gegen Jahre der Misswirtschaft und des ökonomischen Niedergangs gewählt und weithin begrüßt als eine Regierung der Reformen und des Wandels, sieht sich die neue Regierung mit der Forderung konfrontiert, ihre Wahlversprechen zu erfüllen und die Geschlossenheit in der brodelnden Koalition zu bewahren.

Gemessen wird die Regierung dabei vor allem an der Durchführung von kritischen Reformen in Schlüsselsektoren wie Landwirtschaft und Grundschulbildung, der Einhaltung versprochener Neuerungen im Gesundheitswesen sowie der Infrastrukturentwicklung. Ein besonderes Augenmerk wird der Fähigkeit und dem Willen der Regierung beigemessen, den Missbrauch öffentlicher Mittel zu stoppen.

Erste wahrnehmbare positive Veränderungen sind etwa die Einführung des Programms für freie Grundschulbildung, die zu neuem Leben erweckte Kenya Agricultural Finance Corporation, die erschwingliche Kredite für Bauern anbietet, sowie Reformen, die die Leistungsfähigkeit der Justiz und der Polizei steigern und die Rechtstaatlichkeit sichern sollen.

Der Ruf nach einer ernsthafteren Wahrung der Menschenrechte und der Stärkung der Position von Frauen hat Ausdruck gefunden in der Schaffung einer nationalen Menschenrechtskommission, dem Aufbau einer Arbeitsgruppe für Wahrheit, Gerechtigkeit und Versöhnung und dem Vorschlag, eine Geschlechterkommission zu bilden.

Durch die Verzögerungen bei der Gestaltung des neuen Verfassungsentwurfs gerät die Regierung zusehends unter enormen Druck aus der Zivilgesellschaft, insbesondere durch politischen Parteien und Reformgruppen. In nächster Zeit werden hier die Anstrengungen zur Konsensbildung ein Schlüsseltest und eine Herausforderung für die neue Regierung bleiben.

Während in Kenia die neuen Entwicklungen Hoffnung für eine Stärkung der politischen Kultur und die Demokratisierung geben, bleiben die Sicherung und Herstellung von Frieden und Stabilität weiter das Hauptaugenmerk in den meisten Ländern der ostafrikanischen Region, insbesondere im Sudan und in Somalia.

Für **Somalia** stellt dieser Bericht als beachtenswerten Fortschritt heraus, dass die verfeindeten Parteien und Gruppierungen des inner-staatlichen Dauerkonflikts an die Verhandlungstische gebracht werden konnten. Dennoch bleibt noch immer eine Menge zu tun, damit Somalia die Jahre des Kon-

flikts hinter sich lassen und einer Zukunft in Frieden und Stabilität entgegensehen kann. In der wachsenden Beteiligung von Frauengruppen im Friedensprozess, die von der Heinrich-Böll-Stiftung stark unterstützt wird, zeigt sich die Anerkennung der Bedeutung von zivilgesellschaftlichen Gruppen bei der Suche nach Frieden und das Bedürfnis nach einer Stärkung der Rolle der Frauen.

Somalias Suche nach Frieden spiegelt sich nur bedingt im **Sudan** wider. Wie Somalia war auch der Sudan in einem Jahrzehnte langen Bürgerkrieg gefangen, in dem sich der Süden und die Regierung in Khartoum gewaltsam gegenüberstanden. Trotz des großen Verlustes an Menschenleben und vieler ungenutzter Chancen wird nun die Hoffnung auf Frieden laut: Ein Ende Mai in Nairobi in Anwesenheit der Präsidenten Mwai Kibaki (Kenia) Yoweri Museveni (Uganda) unterzeichneter Friedensvertrag hat die Aussicht auf tatsächlichen Frieden eröffnet und liefert nun eine gute Grundlage, um den Bürgerkrieg im Land zu beenden. Seine Umsetzung ist äußerst dringend und von großer Bedeutung.

Die anhaltenden Übergriffe der bewaffneten arabischen Reitermilizen auf die afrikanischstämmige Bevölkerung in der Westregion Darfur werfen jedoch Fragen bezüglich der Glaubwürdigkeit der Friedensbemühungen der sudanesischen Regierung auf, die diese paramilitärischen Einheiten mutmaßlich unterstützt oder zumindest nicht konsequent gegen die Vertreibungen und Zerstörungen einschreitet. Durch Teilzugeständnisse seitens der sudanesischen Regierung und das vorsichtige Vorgehen der Weltgemeinschaft ist es bis heute nicht zu einem Ende der an ethnische Säuberungen grenzenden Exzesse gekommen.

In dem Grenzkonflikt zwischen **Äthiopien und Eritrea** bleibt es zur Zeit ruhig. Obwohl Äthiopien seine Unzufriedenheit mit den Ergebnissen einer von der UN eingesetzten Grenzkommission ausgedrückt hat, bietet die Zurückhaltung auf beiden Seiten eine echte Gelegenheit, einen Dialog zu führen und weitere Konflikte zwischen den beiden Staaten zu vermeiden.

In Äthiopien sind im Vorfeld der allgemeinen Wahlen, die für Mai 2005 angekündigt sind, weiterhin wachsende politische Aktivitäten vor allem innerhalb der Oppositionsparteien zu beobachten. Der Raum für die Zivilgesellschaft vergrößert sich jedoch nur langsam, immer noch kann von einer wirklichen Pressefreiheit nicht gesprochen werden. Das hohe Wirtschaftswachstum und die relativ erfolgreiche Umsetzung von Entwicklungsprogrammen, die vor allem auf die Verbesserung der Infrastruktur des Landes und eine Landreform abzielen, haben neue Wege eröffnet, den Lebensstandard der Äthiopier zu erhöhen.

In **Uganda** halten die Kämpfe der Regierung mit den Rebellen im Norden des Landes weiter an. Weiterhin werden Kinder entführt und als Kindersoldaten im Kampf eingesetzt und Tausende Dorfbewohner vertrieben. Die äußerst hohe Zahl ziviler Opfer betont die Notwendigkeit, die Suche nach einer schnellen Lösung des Konflikts zu intensivieren. Hierbei ist beachtenswert, dass sich Kirchen und andere religiöse Organisationen in Uganda in letzter Zeit verstärkt an der Vermittlung zwischen der "Widerstandarmee des Herrn" (Lord's Resistance Army, LRA) und der Regierung von Präsident Yoweri Museveni beteiligen.

Trotz dieser anhaltenden Konflikte weist Uganda im Berichtszeitraum immer noch ein starkes Wirtschaftswachstum auf. Wesentliche Fortschritte in der Armutsbekämpfung und bei der Versorgung mit freier Grundschulbildung, der verbesserte Zugang zu sauberem Trinkwasser und eine Reduzierung der HIV-Infektionsrate zeugen von einem entschlossenen Versuch, die wirklichen Bedürfnisse der Bevölkerung wahrzunehmen und eine Verbesserung der Lebensbedingungen herbeizuführen.

Kenia: Zaudernde Schritte inmitten bedeutsamen Wandels

Kenia erlebte im Dezember 2002 einen dramatischen Wandel infolge der Niederlage der Regierungspartei „Kenias Afrikanische Nationalunion“ (KANU), mit der deren 40jährige Regierungszeit endete. Oppositionsparteien hatten sich unter der Nationalen Regenbogen-Koalition (NARC) zusammengeschlossen und wurden mit einer überwältigenden Mehrheit gewählt. Seit ihrer Wahl und während des ersten Jahres hat sich die NARC auf die Einhaltung ihrer Wahlversprechen konzentriert. Viele soziale, ökonomische und politische Reformen finden zur Zeit statt.

Der Kampf gegen die Korruption, der als Schlüsselindikator für eine Verbesserung der Regierungsführung angesehen wird, bleibt höchste Priorität für die Regierung. Dies ist teilweise auch der Kritik der Gebergemeinschaft an der Unwilligkeit der früheren Regierung geschuldet, etwas gegen die Korruption zu unternehmen. Dies hatte zu Beginn der 1990er Jahre zu einem Bruch mit wichtigen bilateralen und multilateralen Gebern geführt.

Beim Kampf gegen die Korruption hat die Regierung ihre Aufmerksamkeit auf die Reform des Justizwesens konzentriert, was zu einer radikalen Entlassung von unter Korruptionsverdacht stehenden Personen und der Ernennung neuer Richter geführt hat. Die laufende Justizreform trifft auch untere Gerichte des Landes, wo mindestens 82 Richter dazu aufgefordert wurden, zu Korruptionsvorwürfen vor der richterlichen Dienstkommission Stellung zu nehmen. In diesem Jahr wurden drei richterliche Tribunale zur Untersuchung von Korruptionsvorwürfen gegen Richter ins Leben gerufen, die ihre Entlassung aufgrund dieser Vorwürfe anfechten.

Das bislang sichtbarste Zeichen für die Bemühungen der Regierung, die Korruption zu bekämpfen, bleibt die Ernennung einer richterlichen Untersuchungskommission zu Beginn dieses Jahres, die sich Kenias schlimmstem Finanzskandal, dem Fall Goldenberg, widmet. Zu Beginn der 1990er Jahre waren hier öffentliche Gelder in beträchtlichem Umfang von der Zentralbank des Landes in ein dubioses Exportkompensationsprojekt geflossen und verschwunden. Die öffentlichen Anhörungen der Kommission haben zu einem großen öffentlichen Interesse und Diskussionen geführt, sowie den schockierenden Missbrauch von Macht durch die politische Elite gezeigt. Die Kommission soll ihre Anhörungen Anfang August abschließen. Ihre Empfehlungen an den Präsidenten könnten zur Strafverfolgung vieler prominenter Persönlichkeiten führen – einige davon sitzen in der heutigen Regierung. Viele Kenianer erwarten, dass eine solche Strafverfolgung helfen wird, die im Skandal verlorenen öffentlichen Gelder wieder aufzufinden.

Auch wenn die neue Administration ihren Kampf gegen die Korruption insgesamt verstärkt hat, ist sie dennoch in die Kritik geraten, was ihre Entschlossenheit im Kampf gegen die Korruption in den eigenen Reihen betrifft: Im Juni musste ein überbewerteter Vertrag für die Lieferung von Ausstattung zur Herstellung von Pässen sowie ein Vertrag zum Bau eines forensischen Labors gekündigt werden, nachdem öffentlich aufgedeckt wurde, dass die korrekten Angebots- und Beschaffungsverfahren bei der Vergabe umgangen worden waren. Das parlamentarische Buchführungskomitee hat in der Folge Beweise für Korruption, Betrug und Amtsmissbrauch von Beamten gefunden, die in diese Geschäfte involviert waren. Doch das Unvermögen der Regierung, Maßnahmen gegen die in die Skandale verwickelten Minister

zu ergreifen, hat ernste Zweifel an der Entschlossenheit der Regierung im Kampf gegen die Korruption ausgelöst.

Wichtige Geber unter der Führung der Europäischen Union haben ihre Unzufriedenheit über die nachlassende Beharrlichkeit der Regierung hierin ausgedrückt und gewarnt, dass sie ihre zugesagten Finanzleistungen überdenken könnten, wenn die Regierung nicht dafür sorgt, dass öffentliche Mittel nicht mehr missbraucht werden.

Dieser Entwicklung zum Trotz hat die Weltbank ihre Zufriedenheit mit den kenianischen Reformprogrammen ausgedrückt. Zusätzlich hat die Weltbank die Freigabe der in den frühen 90er Jahren aufgrund von Korruption eingefrorenen Hilfe versprochen. Im Juli 2003 hat Weltbankpräsident James Wolfensohn die erneute Bereitstellung von Krediten für Kenia angekündigt. Dies folgte als Antwort auf die Entschlossenheit der Regierung zur Umsetzung vernünftiger politischer und ökonomischer Strategien. Die Wiederaufnahme von Hilfe wurde weithin als ein Zeichen des Vertrauens in die neue Regierung aufgenommen. Die neu aufgenommenen Kredite der Weltbank sollen in wichtigen Wachstumssektoren wie der Landwirtschaft, sowie für die Wiederherstellung der Infrastruktur des Landes und den Kampf gegen HIV/AIDS eingesetzt werden. Die Kredite der Weltbank werden als entscheidend dafür betrachtet, dass die Regierung ihr Budgetdefizit, das in diesem Jahr 57 Milliarden kenianische Schilling (über 570 Millionen Euro) beträgt, überbrücken kann. So könnte die Umsetzung der von der Regierung im März 2003 initiierten Aufschwungsstrategie für die Wirtschaft unterstützt werden. Dennoch wird befürchtet, dass das Zurückhalten von Geldern die Regierung dazu zwingen könnte, auf dem inländischen Markt zu leihen, was die Zinssätze erhöhen und damit inländische Kreditaufnahmen und Investitionen erschweren würde. Seit die NARC-Regierung ins Amt kam, hat die Weltbank den zweiten Teil der Budget-Unterstützung in Höhe von 50 Millionen Dollar freigegeben, stellte 50 Millionen Dollar zur Finanzierung der freien Grundschulbildung bereit und genehmigte weitere 60 Millionen Dollar für ein Landprojekt in ariden und semiariden Zonen. Dies zeigt die deutlich verbesserten Beziehungen zwischen der kenianischen Regierung und der Gebergemeinschaft.

Wirtschaftliche Reformen bleiben eine Priorität für die neue Regierung. Im März veröffentlichte die Regierung einen neuen Wirtschaftsplan, der eine Strategie zum Wiederaufschwung der Wirtschaft, zur Armutsbekämpfung und zur Erfüllung ihrer wichtigsten Wahlversprechen beinhaltet. Das Strategiepapier für wirtschaftlichen Aufschwung und Wohlstandsschaffung (ERS) zeigt Vorschläge für den Kampf gegen Armut auf: Unterstützungen von Investitionen in die inländische Wirtschaft und die Reduzierung der Abhängigkeit von ausländischen Hilfslieferungen. In ihm wird die Verbindung zwischen den Entwicklungsmöglichkeiten und der Verbesserung der Leistungsfähigkeit in wirtschaftlichen Schlüsselsektoren anerkannt, vor allem die der Landwirtschaft, in der die Mehrheit der Kenianer ihren Lebensunterhalt verdient und die deshalb ein großes Potenzial zur Verbesserung des Lebensstandards beinhaltet. Das ERS legt großen Wert auf eine aktive Rolle der Regierung bei der Verfügung von Gesetzen und Richtlinien, die das wirtschaftliche Wachstum unterstützen und bei der Steigerung von Einkommen für die Armen helfen können.

Dabei ist positiv zu bemerken, dass der Plan die strategische Bedeutung von „Gender“ für das wirtschaftliche Wachstum und die Nachhaltigkeit von Einkommen auf dem Land anerkennt. Ausgehend von dieser Erkenntnis wird es nötig sein, für die Umsetzung von Programmen einzutreten, die die Kluft zwischen den Geschlechtern verringern und die Position der Frauen stärken. Besondere Aufmerksamkeit sollte auf solche Faktoren gelenkt werden, die bislang die ungleichen Kräfteverhältnisse manifestieren und Frauen die Kontrolle über rentable Ressourcen verweigern.

Von ebensolcher Bedeutung ist die Tatsache, dass das ERS eine bessere Koordinierung zwischen den Gebern beim Einfluss auf die Entwicklungsprogramme und das Investitionsnetzwerk vorsieht. Es ist geplant, eine stärkere Regulierung sowie gesetzliche Grundlagen zu entwickeln, die auf ein Wachstum in Schlüsselsektoren und die diversifizierte Verteilung von Ressourcen auf die Sektoren abzielen, die sich am besten dazu eignen, wirtschaftlichen Nutzen zu erzielen.

Die wirtschaftlichen Reformen der Regierung sind als Schritt in die richtige Richtung begrüßt worden. Langsam, aber stetig hat die Wirtschaft nach Jahren des Niedergangs zu wachsen begonnen: Im vergangenen Jahr um 1,8 Prozent im Gegensatz zu 1,2 Prozent im Vorjahr. Trotz aller positiven Trends ist die Wirtschaft dennoch von einer Erholung weit entfernt. Die Verbesserung der verfallenen Infrastruktur, höhere Investitionen und eine Reduzierung der Regierungsausgaben sind alles wichtige Beiträge zur Unterstützung des Wirtschaftswachstums, dennoch lagen die 1,8 Prozent Wachstum immer noch weit unter dem Ziel von 2,3 Prozent, vor allem wenn man bedenkt, dass die auf 10% gestiegene Inflationsrate einen großen Teil der Erträge des wirtschaftlichen Aufschwungs zunichte gemacht hat.

Eine verbesserte Disziplin bei den Regierungsausgaben und die Zurückhaltung bei der Kreditaufnahme vom einheimischen Markt haben dennoch dazu geführt, dass die Zinssätze auf den tiefsten Stand seit 20 Jahren gefallen sind. Die gesunkenen Zinssätze haben die Banken dazu gezwungen, eine innovative Kreditpolitik zu entwickeln, die sich vor allem an Privat- und Geschäftskunden richtet. Dies hat den Zugang der Durchschnittsbürger zu Krediten verbessert und schürt Erwartungen, dass dadurch Investitionen in die lokale Wirtschaft angekurbelt werden, vor allem in der Landwirtschaft.

Die Regierung legt weiterhin großen Wert auf die aktive Teilnahme des privaten Sektors an der Reformagenda. Gesetzesentwürfe zu Privatisierung und Investitionen stehen im Parlament zur Diskussion und zeigen die Entschlossenheit der Regierung, ein Regelwerk zu entwickeln, das ihr Veräußerungsprogramm leitet und Investitionen auf dem einheimischen Markt erleichtert. Diese Politik ist weithin als Umorientierung der Regierung gesehen worden – weg von der Abhängigkeit von Geberhilfe, hin zur Gewinnung von mehr lokalen und ausländischen Investoren. Eine internationale Investment-Konferenz zu Jahresbeginn war ein Zeichen dieser Absichten.

Dennoch gibt es wachsende Besorgnis darüber, dass im Zuge des Privatisierungsprogramms immer noch kein Sitzungspapier aufgestellt wurde, das die Verabschiedung eines Gesetzes vorsieht, um das öffentliche Interesse bei der Veräußerung von öffentlichem Vermögen zu schützen. Auch der versprochene Investmentkodex hat keinen ausreichenden Schwerpunkt auf die Er-

leichterung des Zugangs lokaler Investoren zu Krediten gelegt, da er sich eher auf die Anziehung großer Kapitalflüsse konzentriert. Die Zivilgesellschaft hat Regelwerke gefordert, die kleine und mittelgroße Unternehmen begünstigen, die in den inländischen Markt investieren wollen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung hat eine entscheidende Rolle bei der Analyse dieser Gesetzentwürfe und beim Anstoß zu Diskussionen mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft gespielt, bei denen es um das Herausstellen der wichtigsten Probleme ging. Unsere Kritik stellte die sozialen Entwicklungsperspektiven heraus, die einer Gesetzgebung im Hinblick auf Investition und Privatisierung bedürfen. Unser Ziel war es sicherzustellen, dass die Pläne zur Privatisierung und Veräußerung von Schlüsselsektoren nicht die Beteiligung der Bürger an den ökonomischen Aktivitäten verhindert. Wir haben uns für die Erstellung von Richtlinien eingesetzt, die es den Bürgern erleichtern, eine Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zu spielen.

Kenia bleibt eine viel gehörte Stimme in den laufenden multilateralen Verhandlungen bei der Welthandelsorganisation (WTO). Das Land hat eine wichtige Rolle dabei gespielt, afrikanische Staaten auf einer Plattform zusammenzubringen und ihre wichtigsten Entwicklungsziele in der Doha-Entwicklungsagenda zu formulieren. Im Februar dieses Jahres war das Land Gastgeber für zwölf afrikanische Handelsminister. In Mombasa haben sie nach einem Weg aus der Sackgasse gesucht, in der sich die WTO-Verhandlungen befinden, nachdem das Ministertreffen in Cancun, Mexiko, gescheitert war. An den informellen Gesprächen haben auch der Handelsbeauftragte der EU, Pascal Lamy, sowie der US-Handelsbeauftragte Bob Zoellick teilgenommen.

In Zusammenarbeit mit Oxfam und EcoNews Africa hat die Heinrich-Böll-Stiftung ein Memorandum vorbereitet, das die wichtigsten Forderungen nach Reformen in den laufenden Verhandlungen umreißt. Unser besonderes Augenmerk lenkten wir dabei auf die umstrittenen Bereiche Landwirtschaft, Marktzugang für nichtlandwirtschaftliche Tätigkeiten, sowie die Singapur-Streitpunkte (ausländische Direktinvestitionen und Handelsliberalisierungen), die die Entwicklungsländer und die Industrieländer in Cancun gespalten hatten. Die Aufmerksamkeit der Handelsminister wurde auf den Vorschlag gelenkt, mehr Transparenz in die WTO-Angelegenheiten zu bringen, um die Bevölkerung der afrikanischen Länder bei der Erfüllung ihrer Forderungen mehr mit einzubeziehen. Dies ist wichtig, um die Glaubwürdigkeit der Organisation im multilateralen Handelsrahmen zu stärken.

Wegen den Verzögerungen bei der Verabschiedung einer neuen Verfassung sieht sich die kenianische Regierung wachsender Kritik ausgesetzt. Ein früheres Versprechen, Mitte des Jahres eine neue Verfassung zu liefern, wurde nicht eingelöst, nachdem Meinungsverschiedenheiten in Bereichen der Exekutivgewalt und der Dezentralisierung von Macht nicht ausgeräumt werden konnten. Diese Bereiche haben die Mitglieder der Nationalen Regenbogenkoalition (NARC) gespalten und die Lösung dieser Probleme ist eine wichtige Probe für die weitere Einheit der Koalition. Eine im Juni vollzogene Kabinetttumbildung brachte Schlüsselfiguren der größten Oppositionsparteien in Regierungsämter, ein Versuch eine Brücke für einen Konsens bei dem Verfassungsentwurf zu schlagen. Während die Umbildung als bedeutsam für die Stärkung der nationalen Einheit begrüßt wurde, kritisierte

die Liberaldemokratische Partei (LDP), ebenfalls Mitglied der Koalitionsregierung, die Degradierung einiger ihrer wichtigsten Mitglieder. Sie sieht die Vereinbarungen zwischen ihr und der Nationalen Bündnispartei Kenias (NAK) verletzt, nach denen die Regierungsgämter bei der Wahl einer neuen Regierung gerecht untereinander verteilt werden sollten. Nach ihrem Wahlsieg hielt sich die NAK nicht an dieses Memorandum of Understanding, was zum derzeitigen Streit innerhalb der Koalition geführt hat. Das Verfassungsproblem hat die existierenden politischen Differenzen nur weiter betont. Es entstehen bereits jetzt neue politische Allianzen im Vorfeld der allgemeinen Wahlen 2007. Hierbei wird befürchtet, dass die Unstimmigkeiten zwischen den Koalitionspartnern ethnische Differenzen auf Kosten der nationalen Einheit vertiefen könnten, sollte das Problem nicht mit Bedacht behandelt werden.

Die Forderung nach einer neuen Verfassung bleibt eine wichtige Probe für die Glaubwürdigkeit der Regierung, die einer öffentlichen Verurteilung von Organisationen der Zivilgesellschaft entgegen sieht, die sie anfangs breit unterstützt hatten. Zu dieser Zeit wurde sie als eine Regierung der Reformen betrachtet, die für demokratischen Wandel steht. Der volksnahe Verfassungsreformprozess schien die Beteiligung der Kenianer zu stärken und zu erweitern - ganz im Gegensatz zur Unabhängigkeitsverfassung, die hauptsächlich zwischen wichtigen politischen Parteien in Lancaster aushandelt worden war. Da das Drängen nach einer neuen Verfassung durch von der Zivilgesellschaft und politische Parteien organisierte Kundgebungen an Durchschlagskraft gewinnt, wird weithin erwartet, dass die Regierung unter enormen Druck gerät und gezwungen sein wird, mit ihren Kritikern zu kooperieren und einen Konsens über die politischen Gräben hinweg zu erreichen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung war förderlich bei der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen, die die Debatte erweitern und versuchen einen Weg aus der derzeitigen konstitutionellen Sackgasse zu finden. Eine solche Initiative ist Sayari, ein im Februar 2004 ins Leben gerufener Sachverständigenstab, der von der Stiftung gefördert wird. Sayari hat wichtige Persönlichkeiten aus der Zivilgesellschaft, der Lehre, der bildenden Künste, aus dem privaten Sektor und den Medien mobilisiert, um über das Problem der Verfassung Kenias nachzudenken und einen Ausweg vorzuschlagen. Die öffentlichen Debatten und interaktiven Sitzungen haben die dringend benötigte Gelegenheit geschaffen, einen konstruktiven Dialog zu führen.

Eine weitere Aufgabe der Stiftung ist die Unterstützung der Arbeit zur Bewertung der Rolle der kenianischen Zivilgesellschaft während der sich entfaltenden politischen Diversifizierung. Dies ist besonders wichtig, da viele Mitglieder der neuen Regierung zuvor der kenianischen Zivilgesellschaft angehört haben. Diese Tatsache hat zu dem Dilemma geführt, dass die kenianische Zivilgesellschaft ihre Wächterrolle gegenüber Personen nur schwer ausfüllen kann, mit denen sie vorher lange zusammengearbeitet hat und die inzwischen Schlüsselfiguren innerhalb der Regierung sind: Die Objektivität der Zivilgesellschaft ist also zum Teil fraglich, während die kraftlose Opposition, die früher gegen jede Beteiligung der Zivilgesellschaft war, kaum eine Kritikfunktion wahrnehmen kann. Die Herausforderung für die Zivilgesellschaft Kenias besteht nun darin, über ihre frü-

heren Verbindungen mit heutigen Regierungsvertretern hinauszuwachsen, ihre Befangenheit zu überwinden und ihre Rolle als Stimme einer objektiven Kritik vor allem im Bereich der verantwortungsbewussten Regierungsführung auszufüllen.

Dies ist auch deshalb wichtig, weil bedeutsame Reformvorhaben kontinuierliche Lobbyarbeit und den Einfluss der Zivilgesellschaft brauchen. Zum Beispiel ist noch mehr Einsatz nötig, um den Einfluss von Frauen bei der Lancierung von Gesetzen und Richtlinien zu stärken, die die Rechte von Frauen schützen. Bisher ist nur wenig unternommen worden, um die Schutzbedürftigkeit und die Forderungen von Frauen nach Land und Ressourcen anzusprechen. Obwohl ein 1993 geschaffener Expertenstab zur Begutachtung von Gesetzen in Bezug auf Frauen 1998 seinen Bericht vorgelegt hat, sind vier Gesetzesvorschläge, die aus den Empfehlungen erwachsen waren, noch immer nicht realisiert: die Gleichstellungsvorlage, der Vorschlag zur „Affirmative Action“, die Familienschutzvorlage und die Vorlage zur Geschlechterpolitik. Die Politische Unsicherheit in Bezug auf die Verabschiedung der neuen Verfassung hat Hoffnungen auf eine schnelle Bearbeitung dieser Vorlagen getrübt, denn auch Geschlechterfragen fallen unter die neue Verfassung. Immerhin war die derzeitige Regierung bewusster im Umgang mit der Geschlechterfrage bei der Vergabe von öffentlichen Ämtern und der Nominierung von Kandidaten für die Parlamentswahlen. Dennoch ist das Ziel, mindestens ein Drittel der öffentlichen Ämter mit Frauen zu besetzen, noch in weiter Ferne.

Auch im Umweltbereich ist die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft gefragt. Hier gibt es eine Menge vielversprechender Entwicklungen, aber auch Bereiche, die Anlass zur Besorgnis geben. Positiv ist zu vermelden, dass die Regierung angekündigt hat, noch vor Ablauf des Jahres ein neues Rahmenwerk zu erneuerbaren Energien zu entwickeln. Dieses Rahmenwerk könnte die Nutzung erneuerbarer Energien ankurbeln und stünde im Einklang mit Empfehlungen der Partnerschaft für erneuerbare Energien und Umwelteffizienz. Eine besondere Förderung plant die Regierung bei solaren Wassererhitzern. Gleichzeitig arbeiten Interessenvertreter in Kenia, darunter Gruppen der Zivilgesellschaft, bereits an einem Entwurf für eine nationale Energierichtlinie. Eine entsprechende Gesetzesvorlage soll noch in diesem Jahr im Parlament vorgestellt werden. Unter anderem sieht sie die Bildung einer Kommission zur Energie-regulierung vor und stellt sich der Herausforderung, die Energieleistungsfähigkeit und -erhaltung zu fördern, die Umwelt zu schützen sowie Unternehmensführung und Verantwortlichkeit zu verbessern.

Die Heinrich-Böll-Stiftung ist in die Förderung der Nutzung erneuerbarer Energieformen fest einbezogen. Im Juni 2004 hat sie geholfen, die internationale Konferenz für erneuerbare Energien zu organisieren. Die Diskussionen während der Konferenz basierten auf den dynamischen Prozessen, die auf dem Weltsozialgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) zur globalen Entwicklung von erneuerbaren Energien angestoßen worden waren. Auf der Konferenz wurden unter anderem Ergebnisse von Studien präsentiert, die von der Stiftung zu erneuerbaren Energien in Ostafrika und am Horn von Afrika in Auftrag gegeben wurden. Die kenianische Studie stellt die Durchführbarkeit von Energiegewinnung aus Biomasse heraus. Sie zeigt zudem, dass Kenia das Ziel erreicht hat, mindestens zehn Prozent seiner E-

nergie aus erneuerbaren Energiequellen zu beziehen. Für Äthiopien und Tansania konnten ähnlich positive Ergebnisse bei der Nutzung von Erdwärme und Biomasse verzeichnet werden.

Die kürzlich erfolgte Ablehnung einer Gesetzesvorlage zum Schutz der kenianischen Wälder ließ dennoch die Alarmglocken läuten, denn der Waldgürtel Kenias schwindet zusehends. Inzwischen sind nur noch weniger als zwei Prozent der Fläche Kenias von Wald bedeckt. Die Waldfläche ist von 165.000 Hektar im Jahr 1998 auf 80.000 Hektar im Jahr 2003 gesunken.

Die Degradierung der Böden ist eine weitere umweltpolitische Sorge. Durch sie sinkt die Produktivität der Landwirtschaft, verringern sich Weidefläche, Wasservolumen und -qualität sowie die Produktion von Holzbrennstoff. Etwa 35 Prozent des Landes sind nun unmittelbar der Degradierung und Verwüstung ausgesetzt.

Chronologie Juli 2003 - Juli 2004: Kenia

- Juli 2003: Die Regierung gibt den Start einer nationalen Anti-Korruptions-Kampagne bekannt, die die Sensibilisierung von Staatsdienern und der Öffentlichkeit im Kampf gegen die Korruption zum Ziel hat.
- Oktober 2003: Die Regierung kündigt die Schaffung einer aus neun Mitgliedern bestehenden nationalen Menschenrechtskommission unter Leitung des Menschenrechtsanwalts Maina Kiai an, die versuchen soll, den Respekt für Menschenrechte in der Gesellschaft zu verwurzeln.
- Januar 2004: Die nationale Verfassungsreformkonferenz kommt zu ihrer letzten Sitzung zusammen, als deren Ergebnis ein Verfassungsentwurf erwartet wird, der zum von der Regierung gesetzten Termin am 30. Juni in Kraft treten soll.
- März 2004: Die nationale Verfassungsreformkonferenz beendet den abschließenden Entwurf der Verfassung und überreicht ihn Generalstaatsanwalt Amos Wako, der es angesichts eines richterlichen Beschlusses ablehnt, ihn zu akzeptieren.
2. April 2004: Die Vereinten Nationen warnen, dass Kenia zusammen mit anderen afrikanischen Staaten wie Äthiopien, Senegal und Uganda Gefahr läuft, die von den UN aufgestellten Entwicklungsziele zu verfehlen.
14. Mai 2004: Die Weltbank lobt Kenias ökonomische Reformen und verspricht verstärkte Unterstützung für die Strategie der Regierung.
2. Juni 2004: Kenia schneidet sehr gut beim Index für den Schutz von Menschenrechten ab, ein Ergebnis von Reformen seitens der Regierung wie der Schaffung einer nationalen Menschenrechtskommission und einer Arbeitsgruppe für Wahrheit und Versöhnung.

30. Juni 2004: Präsident Mwai Kibaki bildet seine Regierung um und bezieht Schlüsselfiguren der wichtigsten Oppositionsparteien im Kabinett mit ein.
2. Juli 2004: Religiöse Führer drücken ihre Besorgnis über verschärfte politische Spannungen in Kenia aus und drängen die politischen Führer, in Dialog zu treten.

Uganda: An der Schwelle zu politischem Wandel?

Während des vergangenen Jahres waren politische Streitigkeiten und der Krieg im Norden die vorherrschenden Themen in Uganda. Doch ähnlich bedeutsam war Ugandas wachsende Wirtschaft, die sich damit eine bestimmende Rolle in der Region verschafft.

Ugandas Präsident Yoweri Museveni, der nach der bestehenden Verfassung seine zweite und damit letzte Amtszeit absolviert, hat eine Kampagne gestartet, die Begrenzung auf zwei Amtszeiten aufzuheben. Dies würde ihm eine Teilnahme an den Wahlen 2006 ermöglichen. Die Initiative hat zu erheblichem Widerstand von Mitgliedern seines eigenen Kabinetts und den wichtigsten politischen Parteien geführt. Anders denkende Minister sind entlassen worden, da der Präsident vor allem anderen um Unterstützung für seinen Vorschlag besorgt ist. Die öffentliche Diskussion in den Medien zu einer dritten Amtszeit war heftig und spaltete die Gemüter. In dem Versuch, die starke Kritik der Oppositionsparteien zu zügeln, hat die Regierung das Parlament dazu gedrängt, ein neues Gesetz zu verabschieden, das die politischen Parteien regulieren soll. Dies hat zu der kürzlich vollzogenen Verabschiedung des Gesetzes zu Politischen Parteien und anderen Organisationen geführt, nach dem nun alle politischen Parteien registriert sein müssen. Dieses Gesetz wird weithin als ein Angriff auf Oppositionsparteien wie den Uganda Peoples Congress (UPC), die Democratic Party (DP) und die Conservative Party (CP) angesehen, die sich alle der neuen Registrierung verweigert haben und sich Präsident Musevenis Antrag auf eine dritte Amtszeit widersetzen.

Abgesehen vom diesen politischen Machtspielen beherrscht der Krieg im Norden weiter die nationale und internationale Aufmerksamkeit, dies vor allem aufgrund der zahlreichen Opfer und der offensichtlichen Unfähigkeit der Regierung, die Angriffe zu beenden. Daraus sind Zweifel erwachsen, ob das Unvermögen der Regierung, den Kämpfen ein Ende zu bereiten, nicht auch einer politischen Strategie Musevenis zugute kommt: Aus dem Süden stammend, versucht er seinen politischen Einfluss dadurch zu festigen, dass er das Chaos im Norden, von wo schon immer starker Widerstand gegen seine Regentschaft geleistet wurde, nicht konsequent eindämmt.

Die „Widerstandsarmee des Herrn“ (LRA) ist für die anhaltende Entführung von Kindern verantwortlich, die dazu gezwungen werden sich der Armee anzuschließen oder als Sexsklaven missbraucht werden. Nach Schätzungen zu Jahresbeginn sind mehr als 200.000 Kinder entführt worden, als ein Ergebnis des anhaltenden Krieges sind Tausende Dorfbewohner aus ihren Häusern vertrieben worden. Human Rights Watch hat im März 2004 gewarnt, dass die Regierungstruppen Folter zum Erpressen von Geständnissen anwenden. Sie würden Verdächtige mit Stöcken schlagen, die mit Nägeln beschlagen sind, und sie mit Injektionsnadeln stechen.

Der Krieg im Norden ist durch die Situation im Sudan und das gegenseitige Misstrauen zwischen Uganda und dem Sudan weiter verkompliziert worden. Uganda wirft dem Sudan vor, die von Kony geführten Rebellen zu fördern, während der Sudan Uganda die Unterstützung der SPLA vorwirft, die Krieg gegen die sudanesishe Regierung führt. Seit Beginn des Jahres haben Kirchen und andere religiöse Organisationen ihre Beteiligung an der Suche nach Frieden intensiviert. Sie versuchen zwischen Kony und der ugandi-

schen Regierung zu vermitteln, um Versöhnung zu stiften und den Krieg zu beenden. Diese Anstrengungen werden von vielen als eine reale Hoffnung für eine friedliche Lösung des Konflikts begriffen.

Trotz des weiter andauernden Konflikts ist die ugandische Wirtschaft weiter beständig gewachsen. In diesem Jahr wird ein Wirtschaftswachstum von ungefähr 4,9 Prozent erwartet. Die Inflationsrate steht zur Zeit bei 5,9 Prozent. Durch das Wirtschaftswachstum konnte auch der Anteil der unterhalb der Armutsgrenze Lebenden auf 35 Prozent der Gesamtbevölkerung reduziert werden.

Ugandas mittelfristige Budgetplanung sieht einige Programme zur Armutsbekämpfung vor. Beträchtliche Fortschritte wurden in der Armutsreduzierung, der allgemeinen Grundschulbildung, dem verbesserten Zugang zu sauberem Trinkwasser und in der Reduzierung der HIV-Infektionsrate erreicht. Daneben richtet sich der Schwerpunkt der Regierung auf Veräußerungen und wirtschaftliche Liberalisierungen, begleitet von einer stärkeren Beteiligung des privaten Sektors. Im Rahmen eines intensiven Privatisierungsprogramms hat die Regierung fast 100 öffentliche Unternehmen privatisiert, einschließlich Versorgungsbetrieben aus der Telekommunikation, dem Energie- sowie dem Banksektor. Zum Ende des nächsten Jahres plant die Regierung zudem die Privatisierung aller industriellen und kommerziellen Unternehmen. Die Landwirtschaft, weiterhin Ugandas wichtigster Wirtschaftszweig, steht der Herausforderung einer zunehmenden Kommerzialisierung gegenüber, die Massenproduzenten anstelle kleiner Farmen favorisiert.

Der Versuch des Landes, generell freie Grundschulbildung anzubieten, hat vielen Kindern aus armen Familien die Chance auf Zugang zu Bildung geboten. Auch wenn die Bildungseinrichtungen durch die hohe Einschreibquote an die Grenzen ihrer Möglichkeiten gelangen, wird das Programm als die einzige Hoffnung für die arme Bevölkerung des Landes betrachtet. Uganda erwägt bereits die Einführung allgemeiner freier Sekundärschulbildung.

Chronologie Juli 2004 - Juli 2004: Uganda

- 13. Oktober 2003: Die ugandische Armee rettet mehr als 400 Kinder, aus der Gefangenschaft von Rebellen aus dem Norden.
- 15. Oktober 2003: 22 Menschen sterben, nachdem Rebellen im Norden Ugandas ein Dorf angreifen.
- 19. November 2003: Rebellen der „Widerstandsarmee des Herrn“ (LRA) hacken 53 Menschen zu Tode. Dies geschieht in einer Serie von Angriffen auf Dörfer in der Nähe von Lira im zentralen Norden Ugandas.
- 17. Februar 2004: Ugandas Oppositionsparteien formen eine Koalition, um Präsident Museveni bei den Wahlen 2005 herauszufordern.
- 24. Februar 2004: Rebellen aus dem Norden töten 192 Zivilisten bei einem Angriff auf ein Flüchtlingslager im nördlichen Distrikt Lira.

5. März 2004: Präsident Museveni kritisiert die internationalen Geber für ihre drastischen Kürzungen bei der Unterstützung für Militärausgaben, die seiner Ansicht nach den Kampf gegen die Rebellen im Norden behindern werden.
18. April 2004: Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Kofi Annan, begrüßt die Bereitschaft von Präsident Yoweri Museveni, Verhandlungen mit den Rebellen von Joseph Kony zur Beendigung des 18 Jahre dauernden Bürgerkrieges aufzunehmen.
25. April 2004: Mehr als 20.000 Menschen fliehen vor Überfällen der LRA-Rebellen im Distrikt Adjumani.
2. Mai 2004: Rebellen im Norden Ugandas greifen ein Flüchtlingslager an und töten dabei zwei Regierungssoldaten und 20 Zivilisten.
27. Mai 2004: Die ugandische Regierung gibt bekannt, dass ihre Truppen, von bewaffneten Helikoptern unterstützt, eine Rebellenhochburg im Norden angegriffen und dabei zehn Menschen getötet und acht gefangen genommen haben.
29. Mai 2004: UNICEF ermahnt Uganda, sich beim Gebrauch von bewaffneten Helikoptern zurück zu halten, um die Zahl der zivilen Opfer zu begrenzen.
1. Juli 2004: Ugandas höchster Richter Benjamin Odoki kritisiert die Regierung für ihre Einmischung in das Justizwesen durch eine Verfügung gegen das Referendumsgesetz von 2000. Museveni, der für eine dritte Amtszeit wiedergewählt werden will, unterstützt die Verfügung.

Äthiopien: Hoffnungsträger für das Horn von Afrika?

Der Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea steht seit langem im Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit. Doch trotz der Auswirkungen dieses Krieges sind positive Entwicklungen auf der sozialen, wirtschaftlichen und politischen Ebene in Äthiopien festzustellen:

Die bevorstehenden allgemeinen Wahlen stehen auf der politischen Agenda an erster Stelle, da nun der Grenzkonflikt nicht mehr länger die wichtigste Beschäftigung ist. Die politischen Parteien Äthiopiens haben sich neu gruppiert und vor kurzem ihre Kampagnen für die allgemeinen Wahlen im Mai 2005 gestartet. Als stärkster Widersacher der Regierung werden die United Ethiopian Democratic Forces (UEDF) gehandelt, ein Bündnis aus etwa 15 Oppositionsparteien, das die regierende Ethiopian Peoples' Revolutionary Democratic Front (EPRDF) entmachten will. Zu letzterer gehört die einflussreiche Tigray Peoples' Liberation Front (TPLF). Interne Konflikte und Rivalitäten zwischen den Oppositionsparteien sind ein entscheidender Test für ihre Fähigkeit, einen erfolgreichen Wahlkampf zu führen und im Falle eines Wahlsiegs die Regierung zu übernehmen.

Frauenorganisationen werden in Äthiopien vermehrt in die Bewertung der Leistungen der Regierung mit einbezogen, vor allem in Bezug darauf, ob die Rechte von Frauen gefördert werden. Die Präsentation eines Manifestes zum Status von Frauen steht bevor, darüber hinaus bereiten sich Frauengruppen mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung auf die Teilnahme an den UN-Beratungen zu Beijing+10 vor.

Seit dem Sturz von Mengistu Haile Mariam 1991 sind erste Anzeichen einer Konsolidierung der Demokratie in Äthiopien zu erkennen. Der Raum für die Zivilgesellschaft öffnet sich Stück für Stück. So dauert zum Beispiel die Registrierung von internationalen zivilgesellschaftlichen Organisationen nur noch zwei Wochen. Die Registrierung für lokale NGOs ist dagegen immer noch nicht vollständig erleichtert, allerdings erfolgt eine Registrierung nun für drei Jahre anstatt wie bislang nur für ein Jahr, ein Umstand der die Unsicherheit über die Erneuerung der Registrierung etwas verringert. Nichts desto trotz bleibt ein großes Bedürfnis nach mehr Raum für Aktivitäten der Zivilgesellschaft bestehen und die Besorgnis, dass weitere Gesetze verfügt werden könnten, die die Zivilgesellschaft und die Medien weiter einschränken, statt sie zu fördern.

Es ist wichtig, dass sich die Aufmerksamkeit darauf richtet, Mechanismen zur Dezentralisierung von Macht und zur Umsetzung einer Bandbreite von wirtschaftlichen und sozialen Programmen zur Armutsbekämpfung zu stärken. Die Verbesserung der Infrastruktur des Landes, vor allem die Ausbesserung der Straßen und der Bau eines modernen Flughafens, wird als Schlüsselfaktor angesehen, um die Rolle Äthiopiens im regionalen Handel zu verbessern.

Reformen zur Landnutzung haben zur Bewilligung von 25 Jahre währenden Pachtverträgen für einzelne Bauern geführt. Auch die Rechte von Frauen zur Landnutzung werden nun anerkannt. Diese Reformen wurden aufgrund des verstärkten Drucks seitens der internationalen Gemeinschaft und gegen den vehementen Einspruch der Regierung durchgeführt. Es wird erwartet, dass die Landreformen die Konkurrenzfähigkeit des landwirtschaftlichen Sektors steigern, der sich zunehmend auf Nischenmärkte (zum Beispiel organisch

angebauter Kaffee) konzentriert. Gruppen der Zivilgesellschaft wie das Institut für Nachhaltige Entwicklung, ein Partner der Heinrich-Böll-Stiftung, fordern zudem eine größere Anerkennung der Rolle der kulturellen Vielfalt und Biodiversität, um den Gemeinden zu helfen, von der Umwelt zu profitieren und so die Armut zu bekämpfen und gleichzeitig die Umwelt zu schützen.

Während des vergangenen Jahres gehörte Äthiopien zu den Staaten Subsahara-Afrikas, die aus einem Schuldenerlass aufgrund der Heavily Indebted Poor Countries Initiative (HIPC) Nutzen ziehen konnten. Dies hat zur Freisetzung von zusätzlichen Ressourcen von 8 bis 9 Milliarden Dollar geführt, die für Armutsbekämpfungsprogramme eingesetzt werden sollen.

Zu Beginn des Jahres 2004 sind ethnische Spannungen aus einigen Regionen gemeldet worden. Der Ethiopian Human Rights Council berichtete von einer zunehmenden Zahl von Fällen ethnischer Gewalt in Teilen des Landes wie Gambella und Oromia. Grund hierfür sind unter anderem die neue Grenzziehung von Verwaltungseinheiten. Diese bewaffneten Auseinandersetzungen stellen die Notwendigkeit heraus, die friedensstiftenden Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Gruppen, die mit lokalen Gemeinden zusammenarbeiten, zu intensivieren.

Im Zentrum von Äthiopiens Demokratie bleibt die Auseinandersetzung mit den Verletzungen der Menschenrechte in der Vergangenheit. Im Dezember 2003 ist das Verfahren gegen den abgesetzten äthiopischen Führer Mengistu Haile Mariam in Addis Abeba wieder aufgenommen worden. Das Verfahren, das in seiner Abwesenheit stattfindet, versucht die historischen Ungerechtigkeiten während seiner Diktatur aufzudecken und Wiedergutmachung zu betreiben. Mengistu, der nach seinem Sturz 1991 heute im selbstgewählten Exil in Simbabwe lebt, werden unter anderem Völkermord und Folter vorgeworfen. Diese Aufarbeitung der Vergangenheit kommt jedoch nur sehr schleppend voran und die immer noch nicht sicher gestellte Rechtstaatlichkeit, die nur unzureichend vorhandene Presse- und Meinungsfreiheit sowie die andauernden Menschenrechtsverletzungen der heutigen Regierung lassen einen solchen Versuch leicht fragwürdig erscheinen.

Das Ende des zweijährigen Kampfes an der äthiopisch-eritreischen Grenze bedeutet kein Ende der Spannungen: Äthiopien erkennt den Urteilsspruch einer von den UN ernannten Grenzkommission nicht an, trotz einer zuvor getroffenen Vereinbarung zwischen beiden Ländern, die Entscheidung der Kommission als bindend zu betrachten. In diesem Jahr hat der UN-Sicherheitsrat Äthiopiens Beschwerden zurückgewiesen und warnte, dass eine Nichtanerkennung der Ergebnisse der Kommission den Grenzkonflikt weiter verschlimmern könnte. Seine Lösung wird als entscheidend für die wirtschaftliche Entwicklung in beiden Staaten betrachtet, denn bislang fließen enorme Ressourcen in die Finanzierung der bewaffneten Auseinandersetzungen.

Die Situation in Äthiopien wird als äußerst wichtig für die gesamte Region am Horn von Afrika angesehen. Seine Stabilität inmitten von Konflikten in den Nachbarstaaten verschafft dem Land eine hohe strategische Bedeutung. Äthiopiens wachsende Wirtschaft und die anhaltende Hilfe von wichtigen bilateralen und multilateralen Gebern, einschließlich der Weltbank, wird weithin als Bestätigung seiner ökonomischen Reformen betrachtet,

selbst wenn es dem Druck widerstanden hat, seine Wirtschaft vollständig zu liberalisieren und für die Einhaltung der Menschenrechte zu garantieren.

Chronologie Juli 2003 - Juli 2004: Äthiopien

4. Oktober 2003: Der UN-Sicherheitsrat weist den Antrag Äthiopiens zur Etablierung einer neuen Kommission zurück, die den Grenzkonflikt zwischen Äthiopien und Eritrea lösen soll. Äthiopien hatte eine frühere Entscheidung einer von der UN ernannten Kommission zur Lösung des Grenzkonflikts abgelehnt.
16. Oktober 2003: Äthiopien protestiert gegenüber UN-Generalsekretär Kofi Annan gegen die angebliche Voreingenommenheit der in La Hague ansässigen Kommission, die den Grenzkonflikt mit Eritrea lösen soll.
2. November 2003: Der Leiter der US-Agentur für Internationale Entwicklung (USAID), Andrew Natsios, kündigt bei einem Besuch einen Plan zur Selbstversorgung Äthiopiens mit Getreide an. Das 3 Milliarden Dollar umfassende Projekt soll den 67 Millionen Einwohnern Äthiopiens zugute kommen.
18. November 2003: Ungefähr 500.000 Hirten und ihre Herden sind in der äthiopischen Somali-Region in Gefahr, nachdem die Regenfälle im Oktober ausgeblieben waren.
29. November 2003: UN-Friedenstruppen berichten von einer Bewegung Tausender eritreischer Soldaten in die westlichen Teile des Landes - der Höhepunkt eines zwei Jahre währenden Grenzkonflikts mit Äthiopien.
5. Januar 2004: Die Bereitschaftspolizei treibt Demonstranten auseinander, die gegen den Schritt der Regierung protestieren, die Hauptstadt des Staates Oromia von Addis Abeba weg umzusiedeln.
27. März 2004: Äthiopien kündigt an, dass es eine unabhängige Untersuchung der ethnischen Unruhen durchführen wird, in denen Hunderte Menschen in verschiedenen Teilen des Landes getötet wurden.
27. April 2004: Mehr als 400 äthiopische Studenten fliehen in die kenianische Grenzstadt Moyale. Sie beschuldigen die äthiopische Regierung, sie aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit zu den Oromo zu verfolgen.

Sudan: Friedensabkommen zwischen Nord und Süd, aber Krise in Darfur

Ein Fortschritt bei der Suche nach Frieden im Sudan war das wichtigste positive Ergebnis im vergangenen Jahr. Die beteiligten Parteien im Konflikt - die Sudanese Peoples' Liberation Movement/ Army (SPLM/A) und die Regierung in Khartoum - haben die Suche nach Frieden in Gesprächen forciert, die von der kenianischen Regierung und der Intergovernmental Authority on Development (IGAD) vermittelt und ermöglicht wurden. Die SPLM/A hat die islamische Regierung im Norden in den vergangenen 21 Jahren bekämpft, um größere Autonomie für den hauptsächlich christlichen Süden zu erlangen. Der Krieg, in dem zwei Millionen Menschen vor allem an Hunger und Krankheiten zugrunde gegangen sind, wird von Faktoren wie ethnischer Zugehörigkeit, Religion, Ideologie und wirtschaftlicher Schwächung bestimmt. Er geht - obwohl oft als religiöser Krieg vereinfacht dargestellt - auf historische Auseinandersetzungen und den Wettbewerb um Ressourcen, darunter riesige Ölvorkommen, zurück.

Die erste Phase der Gespräche fand ihren Abschluss im Jahr 2002 mit der Unterzeichnung eines Protokolls in der kenianischen Stadt Machakos, bei dem es vor allem um Sicherheitsabsprachen ging. Während der zweiten Phase in Naivasha konzentrierte man sich auf umstrittene Fragen zur Aufteilung der Macht und des Ölreichtums sowie zum Status der umstrittenen Gebiete wie Abyei, die Nuba-Berge und Southern Blue Nile.

Am 3. Juni 2004 unterschrieben beide Parteien einen Friedensvertrag, der weithin als bedeutsam dafür angesehen wird, den lang anhaltenden sudanesischen Konflikt zu beenden. Falls er umgesetzt und eingehalten würde, könnte das Abkommen die lokalen Gemeinden dazu befähigen, informierte Entscheidungen über das vorgeschlagene Referendum zu treffen und selbst zu entscheiden, ob der Süden des Sudan sich vom Rest des Landes abspalten soll. Die Entscheidung darüber, ob sechs Jahre nach der Umsetzung des Friedensvertrages das Referendum abgehalten wird, gilt als das bedeutendste Ziel nach Jahren des Widerstands seitens der sudanesischen Regierung. Die Umsetzung muss dabei die effiziente Versorgung des Südsudan mit Dienstleistungen und die Umverteilung des nationalen Wohlstands einschließen. Die Versorgung mit Bildung, Gesundheit, einer verbesserten Infrastruktur und steigenden Beschäftigungsmöglichkeiten sind Schlüsselerwartungen des Südens bei ihrer Verpflichtung zur Einhaltung der Friedensinitiative.

Im Südsudan, dessen Größe der Kenias, Ugandas, Tansanias und Ruandas zusammen genommen entspricht, gibt es keine gepflasterten Straßen, was auf das Ausmaß seiner Vernachlässigung durch die Regierung in Khartoum schließen lässt. Der Region mangelt es an einer richtigen Stromversorgung, obwohl es ein großes Potenzial an Wind und Wasserkraft hat. Die 300 Grundschulen und 26 Sekundärschulen sind mit Lehrpersonal unterbesetzt, und das Fehlen einer einzigen Universität in der ganzen südlichen Region bedeutet, dass die Jugendlichen nur begrenzte Möglichkeiten für weiterführende Bildung haben. Die Verarmung des Südens steht im krassen Gegensatz zu den enormen Einkünften, die aus den Ölbohrungen in der Region gewonnen werden und sich auf mehr als drei Milliarden Dollar jährlich belaufen. Diese Einkünfte kommen hauptsächlich der Regierung in Khartoum zugute, während nur wenig im Süden ausgegeben wird.

Der jüngste Friedensvertrag beinhaltet Protokolle zu Sicherheit, Wohlstand und Machtverteilung. Das einzige unerledigte Thema betrifft einen umfassenden Waffenstillstand. Die Modalitäten zur Umsetzung sollen im August dieses Jahres abgeschlossen werden. Von der Umsetzung wird erwartet, dass sie die Rückkehr von mehr als 602.000 Flüchtlingen erleichtert, von denen die UN schätzt, dass sie sich zur Zeit in Kenia, Uganda, Äthiopien, der Demokratischen Republik Kongo, der Zentralafrikanischen Republik, Ägypten und Eritrea aufhalten.

Gemäß der letzten Vereinbarung soll der Führer der SPLM/A, Dr. John Garang, der erste Vize-Präsident in einer erweiterten und inklusiveren sudanesischen Regierung werden. Sowohl der Norden als auch der Süden werden zunächst ihre eigenen Armeen behalten. Dies steht im Gegensatz zu dem Beschluss von Addis Abeba aus dem Jahr 1972, nach dem die Rebellen in die nationale Armee aufgenommen werden sollten. Für die Zukunft vorgeschlagen werden jedoch eine gemeinsame Armee sowie eine nationale Petroleum-Kommission, der der sudanesischer Präsident und ein Vertreter der SPLM/A gemeinsam vorsitzen sollen. Ziel ist es sicherzustellen, dass die Einkünfte aus den Öl- und den Nichtöl-Exporten fair aufgeteilt werden.

Wie das erste Friedensprotokoll von 2002 nimmt auch die jüngste Vereinbarung den Süden von dem Zwang aus, die islamischen Gesetzen der Sharia einzuführen. Administrativ sind vier Ebenen der Regierung vorgesehen: die lokalen Verwaltungen, die Bundesstaaten, die Regierung für den Südsudan und eine Zentralregierung. Diese Ebenen werden als wichtig dafür angesehen, dass politische Macht und Einfluss zwischen Norden und Süden umverteilt werden. Es wird damit gerechnet, dass der Süden auf erhöhte Regierungsausgaben für Dienstleistungen und Infrastruktur in seinem Gebiet drängen wird, um das historische Ungleichgewicht auszugleichen, das durch die Bevorzugung des Südens bei Entwicklungsprojekten entstanden ist.

Während die Suche nach Frieden Aufwind erfährt, besteht das Bedürfnis, die Zivilgesellschaft im Sudan zu stärken, um dabei zu helfen, den laufenden Prozess und die bereits erreichten Ziele zu überwachen. Die Zivilgesellschaft soll eine wichtige Rolle bei der Kontrolle des Prozesses spielen und gleichzeitig sicherstellen, dass sowohl die SPLM/A als auch die Regierung aus dem Norden zu ihren Verpflichtungen gegenüber den Menschen des Südsudan stehen. Es ist als positiv zu bewerten, dass Partner der Heinrich-Böll-Stiftung hier eine bedeutende Rolle beim Herstellen eines Dialoges mit Akademikern, Gemeinden, politischen Führern und anderen Interessenvertretern gespielt haben, um dauerhaften Frieden zu stiften.

Es bleibt zu hoffen, dass interne Konflikte zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen im Südsudan nicht dazu führen werden, die Kapazität der SPLM/A zur Mobilisierung von breiter Zustimmung für den Friedensprozess zu schmälern.

Im Gegensatz zu diesen Fortschritten ist die humanitäre Krise in Darfur im Westsudan zu weltweiter Aufmerksamkeit gelangt und die internationale Gemeinschaft versucht, eine Wiederholung des tragischen Völkermords in Ruanda vor zehn Jahren zu vermeiden. Es ist bemerkenswert, dass sich die SPLM/A angesichts der verheerenden Situation in Darfur nicht vom Friedensprozess hat abbringen lassen. In der Region Darfur sind schwere Menschenrechtsverletzungen beklagt worden. Janjaweed-Milizen sind verant-

wortlich für die Morde an geschätzten 10.000 bis 30.000 Menschen, der systematischen Vergewaltigung schwarzer afrikanischer Frauen und der Vertreibung von mindestens einer Million Menschen. Diese Taten haben weltweit eine einhellige Verurteilung der sudanesischen Regierung ausgelöst. Die von Darfur vertriebenen Flüchtlinge sind hauptsächlich afrikanischstämmige Subsistenzbauern mit verschiedenen ethnischen Zugehörigkeiten, für die Arabisch eine Zweitsprache ist. Während die Mehrheit Zuflucht in Lagern in Darfur gefunden hat, sind andere in den benachbarten Tschad geflohen.

Menschenrechtsgruppen haben die Regierung in Khartoum beschuldigt, die arabischen Janjaweed-Milizen zu bewaffnen und dabei zu unterstützen, schwarzafrikanische Dörfer in systematischen ethnischen Säuberungsaktionen auszuplündern und zu vertreiben.. Selbst in den Fällen, in denen die Regierung versucht hat zu agieren, erschienen diese Maßnahmen eher inkonsequent und begrenzt. Obwohl Khartoum diese Anschuldigungen zurückweist, wird die Zurückhaltung nicht nur der Unfähigkeit die Milizen zu beherrschen zugeschrieben, sondern auch als enttäuschender Indikator für den Unwillen einzugreifen. Der andauernde Konflikt wird als stilles Zeichen für den Versuch Khartoums angesehen, den arabischen Einfluss im Sudan auszuweiten, was bereits zu Beginn der 1990er Jahre versucht wurde.

Die Kämpfe in Darfur begannen im Februar 2003, als die Bewegung für Gerechtigkeit und Gleichstellung und die Befreiungsarmee des Sudan gegen die einseitige und ungerechte Behandlung durch die sudanesischen Regierung rebellierten, die ihre arabischen Landsleute bei den Konflikten um Land und Ressourcen bevorzugten. Arabische Milizen übten gegen diese Rebellion Vergeltung, was zu dem momentanen Konflikt in der Region führte.

Die internationale Antwort auf die Krise war zunächst sehr zurückhaltend, inzwischen wird aber deutlicher Druck auf die Regierung ausgeübt. Die Afrikanische Union hat bereits ihre Absicht bekundet, 300 Friedenssoldaten in die Region zu senden, zusätzlich zu den 150 Friedensbeobachtern. Dies ist Teil des Waffenstillstandsabkommens, das im April 2004 getroffen wurde.

Chronologie Juli 2003 - Juli 2004: Sudan

- 2. August 2003: Die dritte Phase der Friedensgespräche zum Sudan beginnt in Nanyuki.
- 14. August 2003: Der sudanesischen Präsident Omar Hassan el-Bashir gibt ein Dekret heraus, das die Zensur für Zeitungen aufhebt.
- 5. September 2003: Die sudanesischen Regierung und die SPLM/A kehren an die Verhandlungstische zurück.
- 19. Dezember 2003: Der Sudan verfügt eine Ausgangssperre für zwei westliche Bundesstaaten, nachdem Gespräche zur Beendigung des sich verschärfenden Konflikts in Darfur scheitern.

5. Januar 2004: Die sudanesische Regierung und Rebellen unterzeichnen eine Einverständniserklärung zur Teilung des Ölreichtums zwischen dem Norden und Süden.
17. Mai 2004: Die US-Agentur für Internationale Entwicklung startet ein 34 Millionen Dollar umfassendes Projekt, das das verfallene Gesundheitssystem des Südsudan wieder aufbauen soll.
20. Mai 2004: Die Friedensgespräche zur Beendigung des Bürgerkriegs werden bis zum 23. Mai verlängert.
23. Mai 2004: Das sudanesische Aussenministerium und das Ministerium für Humanitäre Angelegenheiten kündigen Erleichterungen für humanitäre Organisationen an, die in der Region Darfur tätig werden wollen.
27. Mai 2004: Die Friedensgespräche für den Sudan fahren sich an der Frage nach der Machtteilung in den Nuba-Bergen und in Southern Blue Nile fest.
3. Juni 2004: Der kenianische Präsident Mwai Kibaki hat den Vorsitz über die Unterzeichnung eines Friedensvertrages zwischen der sudanesischen Regierung und der SPLM/A übernommen.
11. Juni 2004: Die Europäische Union genehmigt 12 Millionen Euro, um Beobachter der Afrikanischen Union zu unterstützen, die einen Waffenstillstand in Darfur überwachen.
12. Juni 2004: Der UN-Sicherheitsrat stimmt einstimmig einer Resolution zu, die den UN Vorbereitungen erlaubt, um eine Friedensmission nach Darfur zu senden.
19. Juni 2004: Der Tschad gibt den Tod von 69 sudanesischen arabischen Milizen bekannt, die in den Tschad eingedrungen waren, um ein Dorf zu plündern.
26. Juni 2004: Die UN berichten, dass während der Kämpfe in Darfur etwa 56.000 Häuser in fast 400 Dörfern zerstört worden sind.
28. Juni 2004: Die sudanesische Regierung und Rebellen des Südens treffen sich, um die Details eines im Mai geschlossenen Friedensvertrages zu diskutieren.
1. Juli 2004: UN-Generalsekretär Kofi Annan kommt in Khartoum an und deutet die geplante Entsendung von UN-Friedenstruppen an.

Somalia: Friedensabkommen in Sicht

Der Friedensprozess im kriegsgeschüttelten Somalia hat im vergangenen Jahr neuen Schwung gewonnen. Die Intergovernmental Authority on Development (IGAD) hat eine zentrale Rolle beim Zustandekommen der Friedensgespräche gespielt, die Somalias Konflikt beenden sollen, der sich nach dem Sturz des früheren Diktators Mohamed Siad Barre 1991 ausgeweitet hat.

Die Krise in Somalia liegt in der Kolonialgeschichte begründet. Vor der Unabhängigkeit bestand das heutige Somalia aus zwei Kolonien - das britische und das italienische Somaliland. Diese wurden 1960 mit dem weiteren Ziel vereinigt, alle in Äthiopien, Kenia und Djibuti verstreut lebenden Somalis zu vereinigen. Dass man in den 1980er Jahren von diesem Traum Abschied genommen hat, legte die Grundlage für die spätere Krise des Landes. Eine starke Loyalität zu den jeweiligen Klans und der Sturz von Mohamed Siad Barre verschärften die Rivalitäten zwischen den Klans und verstärkten die Rufe nach Selbstbestimmung, vor allem in Puntland und Somaliland. Bei den laufenden Friedensverhandlungen waren sowohl die Afrikanische Union als auch die Arabische Liga zögerlich bei der Anerkennung der Souveränität dieser beiden Regionen und argumentierten, dass die Einheit und territoriale Integrität Somalias respektiert werden müsse.

Dies hat ein weiteres Dilemma eröffnet: Die Schaffung einer neuen Zentralregierung in Somalia, die die Zuständigkeit für Somaliland und Puntland fordert, könnte den Konflikt wieder aufbrechen lassen und einen erfolgreichen Abschluss der gegenwärtigen Friedensinitiative gefährden. Das bedeutet, dass auf der Suche nach Frieden zwischen dem Ruf nach territorialer Integrität einerseits und dem Wunsch nach Selbstbestimmung andererseits sorgfältig abzuwiegen ist.

Die Friedensgespräche für Somalia, die 2002 in Kenia eröffnet wurden, haben 2003 neuen Auftrieb bekommen. 366 Delegierte, unter ihnen politischer Führer und Führer von Splittergruppen, Vertreter der Zivilgesellschaft und Frauen, im Exil lebende Somalis sowie 100 Älteste, sind in die Gespräche einbezogen. Die erste Phase konzentrierte sich auf das „Empowerment“ und den Aufbau politischer Entschlossenheit für den Friedensprozess. In der zweiten Phase ging es um die Entwicklung grundlegender politischer Dokumente, darunter der Föderalen Übergangscharta, um die ersten fünf Jahre des politischen Wandels zu regeln. In der Abschlussphase dreht es sich nun um eine Vereinbarung zur Machtteilung. Nach Monaten intensiver Verhandlungen unter dem Vorsitz Kenias haben alle wichtigen Parteien des Konfliktes einem Fahrplan zugestimmt, der die Einrichtung einer Zentralregierung vorsieht. Dieser erfolgreiche Abschluss nach den ersten zwei Phasen und 14 Friedenskonferenzen ist ein Zeichen für die Entschlossenheit zum Frieden. Dennoch gibt es nach wie vor zu lösende Unstimmigkeiten bei der Machtteilung zwischen wichtigen Splittergruppen. Einige dieser Gruppen haben die laufenden Gespräche boykottiert, ihre Teilnahme wird jedoch als bedeutsam für die Lösung von Spannungen und das Bereiten einer guten Grundlage für Frieden betrachtet. So hat zum Beispiel die sogenannte Nationale Übergangsregierung (TNG) von Abdi Kassam Salat an den Konferenzen teilgenommen und die Gespräche anerkannt, solange sie ihrer Position entsprachen, zog sich aber gelegentlich zurück, wenn dies nicht der Fall war. Seit Jahresbeginn haben die Verhandlungsparteien einen breiten Konsens über die Auswahl von Parlamentsmitgliedern und die Zusammenstel-

lung einer Übergangsregierung erreicht, von der erwartet wird, dass sie vor Jahresende eingesetzt wird. Gemäß dem Vorschlag zum Aufbau einer Zentralregierung sollen vier der somalischen Klans jeweils 61 Vertreter nominieren, der fünfte Klan 31. Ebenfalls vorgesehen sind ein Sprecher der Nationalversammlung und zwei Vertreter. Die Unterzeichnung der somalischen Einheitsvereinbarung wird als wichtiger Schritt in Richtung einer friedlichen Lösung des Konflikts angesehen.

Die Forderung nach Selbstbestimmung durch verschiedene Führer von Splittergruppen in Puntland und Somaliland bleibt der Hauptstreitpunkt in den laufenden Friedensgesprächen. Es sind Befürchtungen geäußert worden, dass andauernde Forderungen nach Abspaltung die Delegierten entzweien und sie von den entscheidenden Themen des Friedensprozesses ablenken könnten.

Der über den Zeitraum des letzten Jahres erzielte Fortschritt hat die strategische Rolle der IGAD betont. Gleichzeitig war der Einfluss der Länder der Region entscheidend, obwohl Sorge über das nachlassende Interesse einiger Länder an den Gesprächen erwachsen ist. Im Oktober 2003 hat Djibuti das technische Komitee der IGAD verlassen. Das Land warf Kenia und Äthiopien vor, es von oben herab zu behandeln. Darüber hinaus hatte Djibuti sie beschuldigt, nicht an den Zielen des Friedensprozesses festzuhalten. Im Mai dieses Jahres erneuerten Djibuti und Äthiopien ihre Zusammenarbeit jedoch wieder und sind aktiv in die Unterstützung der letzten Phase des Friedensprozesses einbezogen.

Djibutis Rückkehr in das Komitee, das später um Uganda, Eritrea und den Sudan erweitert wurde, stellt die Notwendigkeit eines strategischen Engagements aller Schlüsselpartner heraus. Das gegenseitige Misstrauen zwischen den Ländern muss dabei gezügelt werden. Ägypten beispielsweise hat weiter Bedenken gegenüber Äthiopiens Einfluss in Somalia. Äthiopien hat seine Beteiligung zurückgefahren, was teilweise auf die Vorwürfe gegenüber Kenia und Djibuti zurückzuführen ist, sie unterstützten einseitig die Kandidatur Abdiqassim Salat Hassans von der Nationalen Übergangsregierung. Abdiqassim gehört zu den 60 Kandidaten, unter denen das Parlament während der dritten Phase der Friedensgespräche einen Präsidenten wählen soll. Hierbei wird es von großer Bedeutung für den weiteren Erfolg sein, ob gegenseitige Verdächtigungen unter den IGAD-Staaten eingedämmt werden können und ob man den somalischen Führern freie Hand bei der Wahl ihrer politischen Repräsentation und Machtteilung lässt.

Die Sicherung des Friedens in Somalia wird für die Stabilität der Region am Horn von Afrika als äußerst wichtig betrachtet. Seit dem Sturz Siad Barres hat Somalia ohne Zentralregierung existiert, nachdem Warlords das Land in verschiedene Einflussgebiete zerlegt hatten. Das Fehlen einer funktionierenden Zentralregierung wird dafür verantwortlich gemacht, dass Kleinwaffen überhand nehmen, was wiederum zu wachsender Unsicherheit in der Region geführt hat. Zu Beginn des Jahres haben die UN eine ministeriale Kommission zur Überwachung der schnellen Vermehrung von Kleinwaffen in Somalia gesandt. Anfang Juni sollte ein entsprechender Bericht vor dem UN-Sicherheitsrat präsentiert werden.

Eine herausragende Entwicklung bei der Suche nach Frieden ist die wachsende Rolle und die zunehmende Einbeziehung der somalischen Frauen. Durch zwei Interessengruppen - Save Somali Women and Children und Horn Relief -

sind die Frauen von Somalia in das Zentrum der Friedenssuche gerückt. Die Heinrich-Böll-Stiftung hat Save Somali Women and Children dabei unterstützt, eine aktive Rolle im Friedensprozess zu spielen. Die Gruppe war Unterzeichnerin des Friedensvertrages und stand den weiblichen Teilnehmern des zivilgesellschaftlichen Forums vor. In der abschließenden dritten Phase der Gespräche ist Save Somali Women and Children zu einem vorsitzenden Teil des Prozesses nominiert worden. Zum ersten Mal ist eine Frauengruppe mit einer solch wichtigen Position betraut worden. Die Rolle der Frauengruppen beim Wiederaufbau Somalias ist bereits in der kürzlich veröffentlichten Föderalen Charta von Somalia anerkannt worden, die zur Bedingung macht, dass mindestens zwölf Prozent der vorgeschlagenen Parlamentsmitglieder Frauen sind. „Gender mainstreaming“ wird ein entscheidendes Unterfangen bleiben, um das weitere Engagement und die Beteiligung von Frauen im Prozess der Demokratisierung zu unterstützen.

Die Kontrolle über die natürlichen Ressourcen bleibt ein endloses Konfliktthema unter den somalischen Hirtengemeinden. Die Sicherung von gleicher Verteilung und ein Konsens über die Kontrolle von Weideland und Brunnen ist daher wichtig für den Aufbau von Einheit und Harmonie in Somalia. Da die letzte Phase der Verhandlungen auf Klanebene stattfinden soll, besteht die Angst, dass der Prozess sich aufgrund von Differenzen zwischen Klanältesten, von denen einige nicht die ganze Zeit am Prozess teilgenommen haben, hinschleppen könnte. Auch könnten mögliche Konflikte über die Legitimität von Vertretungsansprüchen zwischen Klanführern und Warlords diese Phase weiter verkomplizieren.

Während der Friedensprozess in seine letzte Phase gelangt, bedrohen gelegentliche Streits zwischen verschiedenen Splittergruppen in Somalia weiter die Suche nach Frieden. Für einen erfolgreichen Abschluss des Friedensprozesses ist es deshalb entscheidend, solche internen Kämpfe im Zaum zu halten.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung heben solche Entwicklungen die potenziell wichtige Rolle heraus, die das Programm für Frieden und Demokratie in Somalia spielen könnte, um den Dialog zu fördern und Hindernisse im Friedensprozess zu überwinden. Eine Stärkung der Rolle der Zivilgesellschaft kann helfen, konstruktiv einen Konsens herbei zu führen und die Umsetzung des endgültigen Friedensvertrages in einem vorgegebenen Zeitrahmen zu ermöglichen.

Chronologie Juli 2003 - Juli 2004: Somalia

4. April 2003: Die selbst erklärte Region Somaliland hält Präsidentschaftswahlen ab, bei denen der amtierende Präsident Dahirt Ryale Kahin mit einem dünnen Vorsprung von nur 80 Stimmen bei insgesamt 500.000 abgegebenen Stimmen gewinnt.
15. September 2003: Die wichtigen somalischen Warlords und Führer von Splittergruppen Hassan und Osman Ali Atto sowie Führer der Nationalen Übergangsregierung (TNG) beenden ihren Boykott der Friedensgespräche.

3. Oktober 2003: Die Friedensgespräche für Somalia werden in Zweifel gezogen, nachdem sie von einer Gruppe mächtiger Warlords boykottiert werden, die einen konkurrierenden Prozess beginnen - das Nationale Heilsbündnis für Somalia.
21. Oktober 2003: Djibuti kehrt in das Komitee für die Somalia-Friedensgespräche zurück. Das Land hatte sich zuvor nach der Beschwerde zurückgezogen, dass Spannungen zwischen somalischen Führern von Splittergruppen angeheizt werden.
30. Oktober 2003: Mindestens 18 Menschen werden getötet und 23 verwundet, als Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizengruppen um die Kontrolle der südsomalischen Gebiete Juba-Valley und Gedo ausbrechen.
5. November 2003: Ein Bericht einer UN-Untersuchungskommission enthüllt, dass das meiste Material, das bei dem terroristischen Akt auf das Paradise Hotel in Mombasa im November 2002 verwendet wurde, durch Somalia nach Kenia geschmuggelt wurde.
12. November 2003: Der UN-Sicherheitsrat ruft die Führer somalischer Splittergruppen auf, den Abschluss eines Friedensabkommens zu beschleunigen und lobt Kenias Rolle bei der Ermöglichung des Friedensprozesses.
29. Januar 2004: Somalische Führer unterzeichnen ein Einheitsfriedensabkommen, das ein fünf Jahre dauerndes föderales System unter einer Übergangsverwaltung vorsieht.
12. März 2004: Kämpfe brechen zwischen zwei rivalisierenden Klans, dem Mareehan-Klan und dem Dir-Klan, in Dhegafiin und Wahara Adeeys über die Kontrolle von Brunnen und Weideland aus.
13. März 2004: Eine föderale Übergangscharta für Somalia wird vorgestellt. Damit ist die dritte Phase der Friedensgespräche offiziell eröffnet.
14. März 2004: Dahir Rayale Kahin, Präsident der abgespaltenen Enklave Somaliland, bricht zu einer Reise nach Europa auf, um internationale Anerkennung für das Gebiet als unabhängiger Staat zu werben.
3. Juni 2004: 53 Menschen werden getötet und mehr als 60 verwundet, nachdem Kämpfe zwischen rivalisierenden Milizen ausbrechen.

Ausblick

Die Situation in **Kenia** birgt neue Herausforderungen für die Arbeit der Heinrich-Böll-Stiftung. Die Stiftung muss sich neu positionieren, um auf die Bedürfnisse und Möglichkeiten eines sich entfaltenden politischen Umfelds reagieren zu können.

Nach Jahren des Agitierens für einen Wandel hat sich das politische Umfeld in Kenia Ende 2002 stark gewandelt. Viele frühere Aktivisten der Zivilgesellschaft, die in der ersten Reihe für einen Wandel geworben haben, befinden sich nun in der Regierung. Auch gegenüber ihnen muss die Zivilgesellschaft ihre Rolle als Wächter wahrnehmen. Das Dilemma durch die engen persönlichen Verbindungen ist verständlich, aber kein Grund zur Inaktivität. Die Wachsamkeit der Zivilgesellschaft ist nötig, um sicherzustellen, dass die Regierung ihre Reformagenda und ihre Versprechen einhält. Durch ihr Netzwerk von Partnern kann die Heinrich-Böll-Stiftung eine Katalysatorrolle einnehmen, um dafür zu sorgen, dass die Zivilgesellschaft die Leistungen der Regierung ständig hinterfragt und hohe Maßstäbe anlegt, auch um ihrer Glaubwürdigkeit vor den Menschen zu bewahren. Um diese Rolle entschlossen ausfüllen zu können, müssen Gruppen der Zivilgesellschaft ihre Kritikfähigkeit in Bezug auf Regierungsrichtlinien und die Reformagenda ausbauen. Die Stiftung sollte ihre Partner bei dieser Rolle unterstützen, indem sie beim Aufbau der Kapazität zur Überwachung und Analyse mithilft.

Als eine Regierung, die aufgrund von Reformankündigungen gewählt wurde, steht die neue Administration der Herausforderung gegenüber, Reformen im politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereich zu entwickeln und umzusetzen. Deutlich wahrnehmbar war der Fortschritt bei der Einführung von kostenloser Grundschulbildung, der Schaffung einer nationalen Menschenrechtskommission und einer Arbeitsgruppe zu Wahrheit und Versöhnung sowie bei Rechtsreformen mit Einfluss auf Gender.

Dennoch muss die Zivilgesellschaft über die positiven Ergebnisse hinaus sicherstellen, dass diese Institutionen die ihnen gebührende Rolle spielen, dass ihren Empfehlungen nachgegangen wird und dass vorgeschlagene Rechtsreformen in Bezug auf Gender nicht in einem unsicheren politischen Prozess, wie der gegenwärtigen Patt-Situation in der Verfassungsfrage, untergehen.

Die Heinrich-Böll-Stiftung muss aus diesem Grund Initiativen unterstützen, die die öffentliche Debatte und den Dialog erweitern und vertiefen, damit die Reformagenda auch wirklichen Nutzen bringt. Darüber hinaus muss die Stiftung Anstrengungen der Zivilgesellschaft fördern, die sich mit der Stärkung und Weiterführung politischer Reformen in bedeutsamen Bereichen wie dem Umweltschutz und den Investitionen in die Nutzung erneuerbarer Energien beschäftigen.

Im vergangenen Jahr hat die Stiftung die Kapazitätsbildung lokaler Gruppen der Zivilgesellschaft im Hinblick auf Handelsrichtlinien unterstützt. Dies geschah aufgrund von Kenias bedeutsamer Rolle in der laufenden Phase der WTO-Verhandlungen. Die an die Länder der Region herangetragene Forderung, Verhandlungen nach den Vereinbarungen der WTO und der Wirtschaftlichen Partnerschaft zu initiieren, unterstreicht die Notwendigkeit, poli-

tische Optionen sorgfältig abzuwägen und die Bedürfnisse der Menschen zu verteidigen.

Die Zivilgesellschaft muss die Kooperation mit den Regierungen in der Region suchen, um dafür zu sorgen, dass den Bedürfnissen der Menschen entsprochen wird und um dabei zu helfen, eine Handelsagenda zu formulieren, die die soziale Gerechtigkeit stärkt und unterstützt.

Doch auch der Schutz der bisher erreichten Ziele ist bedeutsam. Wachsamkeit ist geboten bei der schwankenden Entschlossenheit der Regierung in Bezug auf Schlüsselthemen. Der Kampf gegen die Korruption beispielsweise verliert langsam an Durchschlagskraft, nachdem er auf hohem Niveau mit einer radikalen Säuberungsaktion in der Justiz und der Einsetzung der Goldenberg-Kommission gestartet war. Jüngste Skandale im Zusammenhang mit Unregelmäßigkeiten bei Angebotsverfahren haben beunruhigende Signale gesendet. Dasselbe gilt auch für die schwankende Verbindlichkeit in Bezug auf den Verfassungsentwurf, der als volksnaher Prozess begonnen hatte und nun zwischen politischen, religiösen, ethnischen und Klasseninteressen gefangen ist.

Die Zivilgesellschaft muss für eine informierte Debatte im Hinblick auf diesen stockenden Prozess sorgen, die über die gegenwärtige Verbitterung hinausgeht, um für den Schutz der erreichten Ziele und die Stärkung der Basis für weiteren Fortschritt zu sorgen. Die Heinrich-Böll-Stiftung kann eine bedeutsame Rolle bei diesem Unterfangen spielen und dabei helfen, für eine anhaltende Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Menschen zu sorgen.

Die anhaltende Suche nach Frieden im **Sudan** und in **Somalia** eröffnet viele neue Möglichkeiten und Chancen für die Völker beider Länder. Nach Jahren des Konflikts besteht eine der größten Herausforderungen nun darin, lokale Institutionen zu entwickeln und zu stärken, damit sie bei der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen mithelfen können.

Für die Heinrich-Böll-Stiftung ist dies Anlass darüber nachzudenken, wie sie institutionelle Vereinbarungen, die die Verantwortlichkeit der Regierenden gegenüber den Menschen festschreiben, am besten unterstützen und stärken kann. Die Vergrößerung des demokratischen Freiraums für die Zivilgesellschaft, für Frauen und marginalisierte Gruppen ist notwendig und wichtig um sicherzustellen, dass die Gewinne aus der neu gewonnenen Stabilität nicht ungleichmäßig verteilt werden. Die Stärkung der lokalen Institutionen soll auch bessere Möglichkeiten zur Unterweisung bei der Nutzung von Ressourcen ermöglichen, mit denen den Entwicklungsbedürfnissen entsprochen werden kann. Kapazitätsbildung auf der lokalen Ebene kann dabei helfen, demokratische Werte in entstehenden Institutionen zu verankern, die beim Schutz von Frieden, Stabilität und Fortschritt notwendig sind. Das Erreichen von Frieden ist nicht genug und darf deshalb nicht als das einzige legitime Ziel angesehen werden, sondern als viel mehr: als ein Territorium, das neue Herausforderungen und Möglichkeiten für die menschliche Entwicklung birgt.

Während der Sudan und Somalia mit dem sozialen Aufbau beginnen, wird Hilfe nötig sein, um das vorhandene Wissen in der Region zu teilen und zu verbreiten. Dies böte Möglichkeiten für die Konsolidierung der regionalen Integration, auf deren Grundlage eine fortgesetzte Stabilität verankert

werden könnte. Es ist bedeutsam für die Heinrich-Böll-Stiftung, Anstrengungen zu fördern, die die regionale Integration zu vertiefen und zu beschleunigen suchen, indem Institutionen unterstützt werden, die Wissen teilen und erweitern wollen. Unser Ansatz muss einschließen statt ausschließen. Wir müssen die laufenden Anstrengungen anderer Gruppen der Zivilgesellschaft fördern, die Wege zum Dialog öffnen und die Vermittlung stärken. Die Einbeziehung von Kirchen und religiösen Gruppen bei den Friedensanstrengungen in Norduganda ist hierfür ein gutes Beispiel.

Das Mainstreaming von Geschlechterfragen und die Förderung und Unterweisung in Umweltfragen sind weitere wichtige Themen, wenn wir eine gute Grundlage für nachhaltige Entwicklung bieten wollen. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Zivilgesellschaft eine entscheidende Katalysatorrolle bei der Mobilisierung von Gemeinden für einen positiven Wandel spielen kann - einen Wandel, der den sozialen Zusammenhalt bereichert.

Angesichts der Tatsache, dass in einigen Ländern der Region Organisationen der Zivilgesellschaft nur begrenzt vorhanden sind und in anderen der Raum für die Zivilgesellschaft durch die Regierung und die offizielle Bürokratie eingeengt wird, muss die Stiftung fortwährend nach Mitteln suchen, eine starke Zivilgesellschaft aufzubauen, um Entwicklungen in der Region positiv zu beeinflussen.

Anhang 1: Übersicht zu Programmschwerpunkten und Schwerpunktthemen der Stiftung (u.a. überregionale Programme)

Thema	Laufzeit	Partnerorganisation	Stiftungsübergreifendes Schwerpunktthema
Förderung der Zivilgesellschaft in Ostafrika und am Horn von Afrika Regionalprogrammschwerpunkt: Frauenförderung			
Zugang zu Recht für Frauen: zur Anhebung des rechtlichen Status von Frauen, zur Förderung und zum Schutz der Rechte von Frauen: Zu den Aktivitäten gehören Training und Seminare für Rechtshelfer aus lokalen Gemeinden; Führen von Rechtsverfahren im öffentlichen Interesse; Recherche zu bestimmten juristischen Themen.	2003 - 2005	Coalition on Violence against Woman (COVAW)	Geschlechterdemokratie
Regionales Netzwerk für Männer gegen geschlechterbasierte Gewalt: Kampagnen zur Bewusstseinserschaffung; Entwicklung einer Multimedia-Informationsbroschüre gegen geschlechterbasierte Gewalt; (Äthiopien, Kenia, Malawi, Südafrika, Tansania und Sambia); verschiedene Publikationen sind im Zusammenhang mit diesen Aktivitäten erschienen (siehe Anhang 2)	2003 - 2004	African Women Communication and Development Network (FEMNET)	Geschlechterdemokratie
Genderforum: Ein öffentliches monatliches Forum zu Gender und genderbezogenen Fragen in Äthiopien: Zu den diskutierten Themen gehören "Gender verstehen" und "Gender und Recht"; Zwei Publikationen wurden dazu herausgegeben (siehe Anhang 2)	2003 - 2005	PANOS Äthiopien	Geschlechterdemokratie
Genderforum: Zu den diskutierten Themen gehörten die Bildung eines Menschenrechtsnetzwerks in den verschiedenen Regionen sowie die politische Partizipation von Frauen in verschiedenen Regionen	2003 - 2005	NAGAAD	Geschlechterdemokratie
Genderforum: Die Diskussionen drehten sich vorrangig um Frauenthemen in der neuen somalischen Charta, einschließlich Zugang zu Recht; ebenso angesprochen wurden die Herausforderungen von HIV/AIDS. Zu den Diskussionen wird regelmäßig ein Newsletter herausgegeben (siehe Anhang 2)	2003 - 2005	Save Somali Women and Children (SSWC)	Geschlechterdemokratie

Zivile und rechtliche Erziehung: Training von Komiteemitgliedern von EWLA auf der lokalen Ebene zu grundlegenden Rechtsverfahren, um Wissen über Rechte an der Basis zu vermitteln.	Juli bis August 2003	Ethiopian Women Lawyers Association (EWLA)	Geschlechterdemokratie
"Die andere Seite der Gefängnisse" Erfahrungen zurückgelassener Frauen: Materialsammlung und Dokumentation der Erfahrungen, Präsentation der Publikation für die Öffentlichkeit, Live-Präsentationen verschiedener Fälle	2003	ABANTU for Development	Geschlechterdemokratie
Stärkung von FIDA, einer Vereinigung für Prozesse im öffentlichen Interesse: kostenlose Rechtsberatung und Prozessführung für bedürftige Frauen in der Klinik und die Überwachung der Verletzung der Rechte von Frauen sowie Beratung	Januar bis Dezember 2003	Federation of Kenya Women Lawyers (FIDA)	Geschlechterdemokratie
Vision von Kultur und Wandel in einer globalisierten Gesellschaft (Kunstaussstellung): Kunstaussstellung anlässlich des Internationalen Frauentages mit dem Titel "God must be a woman". Der provokative Titel erregte viel Aufmerksamkeit für das Thema des Internationalen Frauentages.	März 2004	Hawa Artists	Kultur, Demokratie und Entwicklung
Die Rolle von Frauen beim Regieren und in politischer Verantwortlichkeit: Sonderbericht zum Internationalen Frauentag als Beilage der lokalen Tageszeitung Daily Nation, die eine Reichweite von etwa 5 Millionen Lesern hat.	März 2004	Women Political Alliance Kenya (WPAK)	Demokratieentwicklung
Weibliche Konsensbildung zur Verfassung: Sicherstellung einer Lösung aus der Sackgasse der Verfassungsreform: Wöchentliche Diskussionen am Runden Tisch, Lobbyarbeit bei Entscheidungsträgern einschließlich Parlamentariern, Lobbyarbeit in der parlamentarischen Konsensgruppe, öffentliches Forum	Juni bis August 2004	Women Political Alliance Kenya (WPAK)	Geschlechterdemokratie
Genderforum: Das Forum bietet die Möglichkeit zum Diskurs über Genderfragen. Es liefert aktuelle Informationen zur Nutzung durch zivilgesellschaftliche Organisationen.		HBS Nairobi	
Publikation zu dem Vorschlag einer Wahrheits-, Gerechtigkeits- und Versöhnungskommission (TJRC): Gerechtigkeit in der Übergangszeit wurde aus Geschlechterperspektive angesprochen: TJRC: Mythen und Realitäten, was ist	Juli bis Dez. 2003		Geschlechterdemokratie

das Für und Wider einer solchen Kommission?; Genderdimensionen einer TJRC; Ist Versöhnung Gerechtigkeit?; Eine Vergleichsstudie aus Ländern mit einer TJRC. Die Publikation ist in der Phase der Fertigstellung			
Kritische Analyse der Umsetzung der Beijing-Plattform: Die diskutierten Themen sind: Leistungen der kenianischen Frauen seit der Annahme der Strategien "Nairobi schaut nach vorn" (1985) und der Beijing-Plattform (1995); die vorgeschlagene Dezentralisierungsstruktur: Herausforderungen und Möglichkeiten für Kenia; Dezentralisierung: Erfahrungen aus der Region; die Genderdimensionen der Strategie für wirtschaftlichen Aufschwung und zur Schaffung von Wohlstand und Arbeitsplätzen; Frauen in der Wirtschaft: Ein Fall für lokales Unternehmertum;	Januar bis Juni 2004	Büro Nairobi der HBS in Rücksprache mit Women Political Alliance Kenya (WPAK), FIDA Kenya, Ell Taller, Save Somali Women and Children (SSWC), PACT Kenya, Urgent Action Fund	Globalisierung und Geschlechterfragen, Internationales Frauenprogramm Sicherheit und Krisenprävention
Summer School: Schaffung ökonomischer Richtlinien in einer sich verkleinernden Welt: Liberalisierung, Dienste und Fürsorge in Ökonomien, durchgeführt an der Technischen Universität Berlin: Fünf Frauen nahmen teil.	21. bis 26. Juli 2003	Association of Media Women in Kenya (AMWIK), Forum for Women in Democracy (FOWODE Uganda), ActionAid Uganda, African Women Communication and Development Network (FEMNET)	Internationales Frauenprogramm
VAD-Konferenz 2004: Eine Frau nahm teil	2. bis 7. Juni 2004	Federation of Kenya Women Lawyers (FIDA)	

Thema	Laufzeit	Partnerorganisation	Stiftungsübergreifendes Schwerpunktthema
Förderung der Zivilgesellschaft in Ostafrika und am Horn von Afrika Regionalprogrammschwerpunkt: Friedens- und Versöhnungsarbeit (Dialogakademie)			
Entwicklung hilfreicher Infrastruktur and Mechanismen für die Anhebung der Rolle von Frauen bei der Beteiligung an politischen und Entscheidungsprozessen - Fortschritt für Somalia. Kapazitätsbildungsworkshops für Frauen an der Basis; Lobbyarbeit unter religiösen, traditionellen, politischen und anderen Führern für die Unterstützung von Frauen; Lobbyarbeit unter den Warlords bei der laufenden Friedenskonferenz	Juni bis August 2004	Save Somali Women and Children (SSWC)	Sicherheit und Krisenprävention
Stärkere Beteiligung von Frauen in den Friedensgesprächen für Somalia: Dazu gehörten Foren mit Führern und Delegierten der internationalen Gemeinschaft; Entwicklung einer Publikation für die Agenda der weiblichen Präsidentschaftskandidatin	2003	Women Political Alliance Kenya (WPAK), Save Somali Women and Children (SSWC)	Sicherheit und Krisenprävention, Politik
Reagieren auf die Globalisierung: Außenbeziehungen afrikanischer Staaten: Eine Konferenz zu den Herausforderungen der Globalisierung für Afrika und den bisher erfolgten Reaktionen	26. bis 27. Februar 2004	HBS Nairobi, Institute of Diplomacy and International Studies (IDIS) - University of Nairobi	Sicherheit und Krisenprävention
Regionale Sicherheit im Zeitalter der Globalisierung: Eine Konferenz zu Sicherheitsfragen in Ostafrika und am Horn von Afrika und ihre Herausforderungen im Licht der Globalisierung. Die Publikation ist in der Phase der Fertigstellung.	16. bis 18. März 2004	HBS Nairobi, Institute of Diplomacy and International Studies (IDIS) - University of Nairobi, National Defense College	Sicherheit und Krisenprävention

Thema	Laufzeit	Partnerorganisation	Stiftungsübergreifendes Schwerpunktthema
Förderung der Zivilgesellschaft in Ostafrika und am Horn von Afrika Regionalprogrammschwerpunkt: Umweltförderung			
Ostafrikanisches zivilgesellschaftliches Engagement in der 5. Ministerialkonferenz der Welthandelsorganisation, 10. bis 14. September 2003, Cancun, Mexiko: öffentliche Foren, Runder-Tisch-Diskussionen zu wichtigen Verträgen und Fragen der WTO, Studien, Analysen und Briefings zu Richtlinien, Medienkampagnen, Follow-ups wie Informationsausgabe, Frühstückssitzungen, öffentliche Foren; Stärkung der Lobby/ des Netzwerks zu Handelsfragen; Produktion der Broschüre "An African Civil-Society Action towards WTO 2003"; andauernde Überwachung von globalen Handelsabkommen und -verhandlungen	Seit 2003	Regionalbüro der HBS, Oxfam Großbritannien, Eco-news Kenya, ActionAid Kenya, SEATINI	Globalisierung Follow-up zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD) und zur Umsetzung der Millenniums-entwicklungsziele (MDG)
Wasserressourcen und Management in Kenia: Studien zur verfügbaren Literatur über Wasserprivatisierung in Kenia; die Öffentlichkeit diskutiert mit Experten auf lokaler Ebene Empfehlungen für Richtlinien des Wasserministeriums, Präsentation während des 3. Globalen Forums zu Richtlinienentwicklung in Bonn; Veröffentlichung als Paper Nr. 8 in den "Global Issues" der Heinrich-Böll-Stiftung im März 2004	2003	Regionalbüro der HBS, Environment Liaison Centre	Follow-up zum Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung (WSSD)
Analyse der Gesetzesvorlagen zu Privatisierung, Investment und Regierungsbeteiligung im Hinblick auf regionale und internationale Handelsabschlüsse	2004	Regionalbüro der HBS	Globalisierung
Studie zu den Chancen und Perspektiven für Technologien der Erneuerbaren Energien in Kenia, Uganda, Tansania und Äthiopien. 4 Länderstudien, 4 nationale Workshops zur Verbreitung, eine Brainstorming-Runde mit Experten, ein regionaler Vergleichsworkshop, Lobbyarbeit bei afrikanischen und EU-Energieministern: Teilnahme an der Bonner Konferenz und der UNEP-Veranstaltung "E-	2003 -	African Energy Policy Research Network (AFREPREN)	Follow-up zu WSSD und MDGs

nergy for Africa", Besuchsprogramm für führende Forscher nach Deutschland; Publikationen von den Studienberichten sind verfügbar (siehe Anhang 2)			
Gesellschaft der Grünen in Ostafrika und am Horn von Afrika: schließt die Erhöhung des Bewusstseins über Umweltwerte, den Verbindungen zwischen Umwelt, Entwicklung und politischer Aktion in Kenia ein; Nähren einer Bewegung von Umweltaktivisten in der Region aus allen Bereichen der Gesellschaft	Juli 2002 -	Green Belt Movement Kenya (GBM), Forum for Environment in Ethiopia (FFE), NAGAAD-Dachorganisation in Somaliland	Follow-up zu WSSD und MDGs
Umweltforum: offene monatliche Foren zur Umwelt in Kenia, die unter dem Motto stehen, die Gesellschaft hinsichtlich nachhaltiger Entwicklung zu „be-grünen“. Zu den diskutierten Themen gehören: WEHAB, WTO, vergleichbare Erfahrungen in der Wasserkommerzialisierung, Potenzial für erneuerbare Energien in der Region	Juli 2003 -	HBS Nairobi	Follow-up zu WSSD und MDGs Globalisierung
Teilnahme an internationalen Veranstaltungen: UN-CSD-Kommission für Nachhaltige Entwicklung; 5. WTO-Ministerkonferenz; 3. Globales Policy Development Forum in Bonn	2003 -	Econews Africa, AFREPREN, Büro der HBS	Globalisierung
Umweltforum: monatliches Umweltforum und Herausgabe eines Umweltmagazins; Mobilisierung zur politischen Aktion; Dezentralisierung des Forums in 7 Regionen	2002 - 2005	Forum for Environment, Ethiopia (FFE)	
Entdeckung des Wertes von Artenvielfalt in äthiopischen Schulen: Schüler und Lehrer von 21 Schulen kamen zu einem Workshop zu Kultur, Artenvielfalt und Werten der Umwelt in Äthiopien zusammen	2003	Institute for Sustainable Development (ISD)	Kultur MDG
Förderung des städtischen Umweltbewusstseins in Addis Abeba: Workshops zur Bewusstseinssteigerung in Bezug auf Initiativen zum Umweltschutz, organischem Anbau, Technologien der erneuerbaren Energien und Stadtökologie	2002 - 2005	Environment Protection Authority of the City Administration of Addis Ababa (EPA)	
Verwendung von Medien als ein Werkzeug für sozialen Wandel: wöchentliches Radioprogramm zur Steigerung des Bewusstseins von Journalisten, Politikern, Hirtengemeinden und Bürgern zu Umweltthemen in Äthiopien	2002 - 2005	PANOS Ethiopia	Follow-up zu WSSD, WEHAB
Stärkung der Umweltpolitik und des Umweltschutzes sowie des Schutzes natürlicher Ressourcen: Umweltforum zur Ka-	2002 - 2005	NAGAAD-Dachorganisation, Somaliland und	

pazitätsbildung für die 17 Mitgliedsorganisationen des Tisqaad Environment Network; Netzwerkbildung und Lobbyarbeit; Steigerung des Bewusstseins zu Umweltbelangen; Gender mainstreaming in der Umwelt.		die 17 Tisqaad-Mitglieder	
Kapazitätsbildung und Bewusstseinsbildung in Hirtengemeinden: Schaffung von Koordinierungsstellen in den Hirtengemeinden in Somaliland, um Umweltthemen anzusprechen.	2002 - 2005	Ministry of Pastoral Development and Environment (MPDE)	
Entwicklung menschlicher Kapazitäten, um die Herausforderungen der Umwelt in Somaliland zu mildern: Gründung von 20 Umweltklubs in Schulen in Hargeisa; Hebung des Bewusstseins zu Umweltthemen in den Hirtengemeinden; Pflanzen von Bäumen und Kampagne gegen Holzkohleverbrennung	2002 - 2004	Agricultural Development Organisation (ADO)	
Hebung des Bewusstseins und Kapazitätsbildung in Hirtengemeinden zu Umweltthemen in Somaliland: Workshops und öffentliche Foren als Kampagnen gegen Holzkohleverbrennung und Export in Somaliland und Suche nach Alternativen zur Nachhaltigkeit (nachhaltige Energien)	2002 - 2004	Candle light for Health and Environment (CLHE)	
Prozess der Landreform: Schaffung von Bewusstsein über und Einfluss auf den laufenden Prozess der Landreform; Trainings, Produktion von Informations-, Erziehungs- und Kommunikationsmaterial; Massenmobilisierung	2003 - März 2004	Kenya Land Alliance	Finanziert aus Aktionsprogramm 2015
Nachhaltige Armutsreduzierung unter Küstengemeinden: Recherche, Training, Kapazitätsbildung von drei Küstengemeinden, um mit eigenen Ressourcen Armut zu bekämpfen; Publikation von "Ecopreneurship", einem Magazin zur Armutsreduzierung	2003 - März 2004	Ujamaa-Zentrum Mombasa	Finanziert aus Aktionsprogramm 2015

Andere Aktivitäten des Büros

Thema	Laufzeit	Partnerorganisation	Stiftungsübergreifendes Schwerpunktthema
Serie öffentlicher Vorträge an der University of Nairobi: Zu den diskutierten Themen zählen: Öffentliche Universitäten und Entwicklung in Afrika; NEPAD und der Peer-Review-Mechanismus; die Vision einer Nation	Juli bis Dez. 2003	University of Nairobi	Demokratieentwicklung
Kritische Analyse des Entwurfs zum Privatisierungsgesetz: Workshop zur kritischen Analyse der Vorlage. Die Vorschläge und Empfehlungen wurden später in einen Befürwortungsprozess für zu überarbeitende Fragen integriert.	Oktober 2003	African Research and Resource Forum (ARRF)	Globalisierung
Wirtschaftliche Bedingungen in Westafrika - Lektionen für Ostafrika: Eine öffentliche Vorlesung zur Hervorhebung der Erfahrungen zweier verschiedener Regionen	April 2004	African Research and Resource Forum (ARRF)	Globalisierung
Studie zur Rolle der Zivilgesellschaft in Kenias neuer politischer Verteilung: Diese empfiehlt eine Arbeitsgruppe, um mehr Akteure aus der Zivilgesellschaft einzubinden und eine Alternative zu den Richtlinien der Regierung zu bieten.	2003 -	HBS Nairobi	Demokratieentwicklung
Arbeitsgruppe Sayari: Gespräche am Runden Tisch zu Richtlinien; Sitzungen mit Medien zu Fragen der nationalen Identität, wirtschaftliche, soziale und politische Herausforderung; sowie öffentliche Foren zu umstrittenen Fragen im Verfassungsentwurf	2004	HBS Nairobi, Sayari Think Tank	Demokratieentwicklung

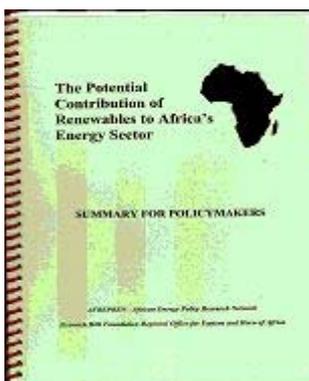
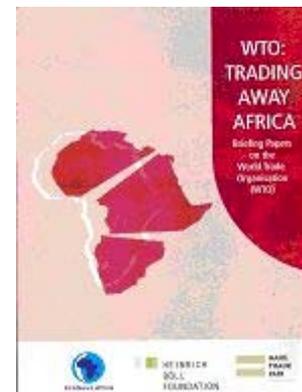
Anhang 2: Publikationen und Website des Büros

Die Website des Büros mit eigener Domain - <http://www.hbfha.com> - wurde im Jahr 2001 eingerichtet. Sie dient der Selbstdarstellung und gibt Information zu aktuellen Veranstaltungen des Büros sowie zu einer Reihe von Dokumentationen, Büchern und Broschüren. Künftig werden auch Publikationen von KooperationspartnerInnen miteinbezogen. Hardkopien von allen Publikationen sind im Büro erhältlich.



An African Civil Society Action toward WTO 2003.
Nairobi: Heinrich Böll Foundation, EcoNews Africa, Oxfam GB and ActionAid Kenya, 2004.

WTO: Trading away Africa.
Briefing Papers on the World Trade Organisation (WTO).
Nairobi: Heinrich Böll Foundation, EcoNews Africa, Oxfam GB, 2003.
(7 papers)

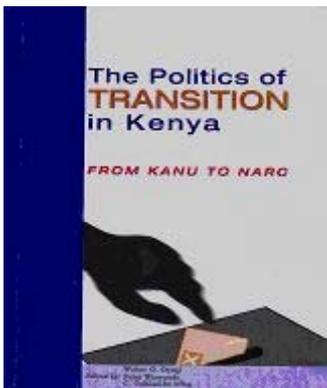
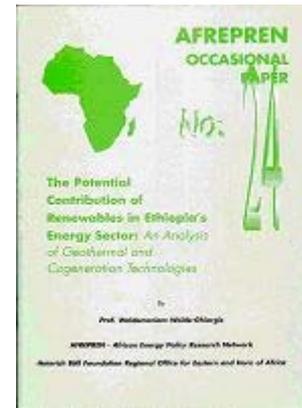


The Potential Contribution of Renewables to Africa's Energy Sector: Summary for Policymakers.
Nairobi: Heinrich Böll Foundation, AFREPREN, 2004.
(vi + 40 pp.)



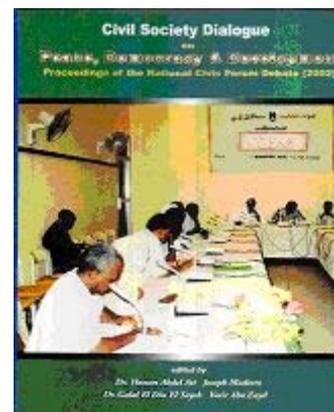
Global Issue Papers No. 8, March 2004.
Water Privatisation in Kenya by Wambua
Sammy. Bonn: Heinrich Böll Foundation, 2004.
(24pp.)

Prof. Woldemariam Wolde-Ghiorgis (ed.):
AFREPREN Occasional Paper No. 24:
The Potential Contribution of Renewables in
Ethiopia's Energy Sector: An Analysis of Geo-
thermal and Cogeneration Technologies.
Nairobi: Heinrich Böll Foundation, Sida/Sarec
and AFREPREN/FWD, 2004.
ISBN 9966-918-13-2. (39 pp.)



Walter O. Oyugi, Peter Wanyande, C. Odhiambo
Mbai (eds.):
The Politics of Transition in Kenya. From
KANU to NARC
Nairobi: Department of Political Science and
Public Administration, University of Nairobi,
2003.(432 pp.)

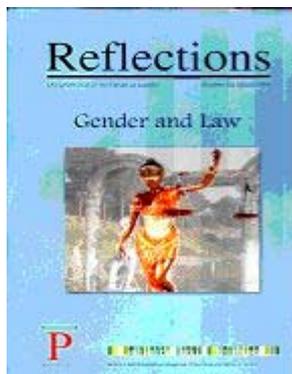
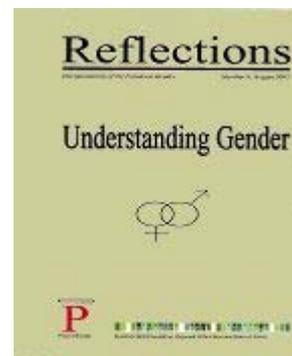
Dr. Hassan Abdel Ati, Joseph Modesto, Dr.
Galal El Din El Tayeb, Yasir Abu Zayd
(eds.):
Civil Society Dialogue on Peace, Democracy
and Development.
Sudan: The National Civic Forum, EDGE for
consultancy and research, Heinrich Böll
Foundation, 2003.





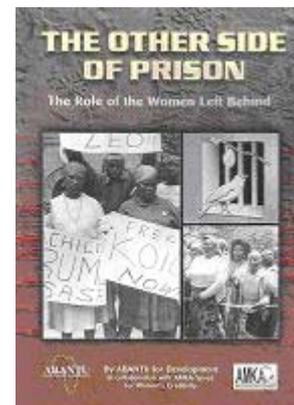
Perspectives on Gender Discourse.
Women in politics: Challenges of
democratic transition in Kenya, 3/03.
Nairobi: Heinrich Böll Foundation,
2003.
ISBN 9966-9772-2-8. (118 pp.)

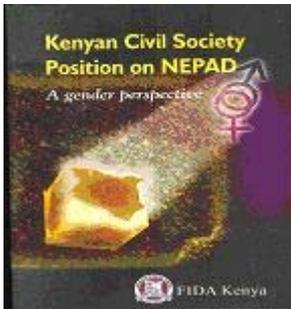
Reflections: Documentation of the Forum
on Gender, Understanding Gender, No. 9,
August 2003.
Ethiopia: Panos Ethiopia, 2003.
(124 pp.)



Reflections: Documentation of the Fo-
rum on Gender, Gender and Law, No.
10, March 2004.
Ethiopia: Panos Ethiopia, 2004.
(176 pp.)

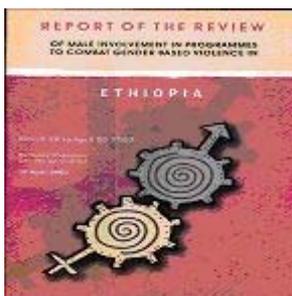
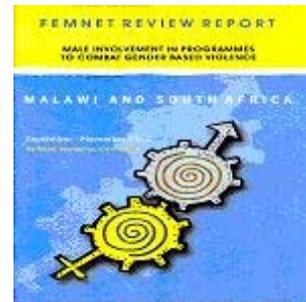
The Other Side of Prison: The Role
of the Women Left Behind.
Nairobi: ABANTU for Development,
AMKA-Space for Women's Creativity,
2004.
(119 pp.)





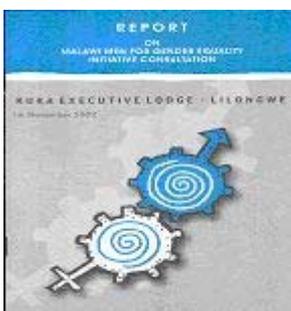
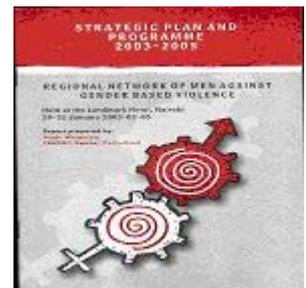
Kenyan Civil Society Position on NEPAD: A gender perspective.
Nairobi: FIDA Kenya, 2003.
(30 pp.)

FEMNET Review Report - Male involvement in programmes to combat Gender Based Violence - Malawi and South Africa.
Nairobi: FEMNET, 2002.
(48 pp.)



Report of the Review of male involvement in programmes to combat Gender Based Violence in Ethiopia.
Nairobi: FEMNET, 2003.
(36 pp.)

Strategic plan and Programme 2003 - 2005: Regional network of men against Gender Based Violence.
Nairobi: FEMNET, 2003. (35 pp.)



Report on Malawi Men for Gender Equality Initiative Consultation.
Nairobi: FEMNET, 2002.
(12 pp.)